



ایران رپورت

Iran-Report

03/21

März 2021 – erscheint monatlich, elektronisches Abo! V.i.s.d.P. Annette Maennel

Innenpolitik	2
Kultur	12
Wirtschaft	14
Aussenpolitik	19

Iran steht an einem Scheideweg. Nach dem Austritt der USA und der Wiedereinführung von Wirtschaftssanktionen droht das Atomabkommen zu scheitern. Der erhoffte wirtschaftliche Aufschwung, die Öffnung nach außen und vor allem auch die Liberalisierung der theokratischen Staatsordnung sind in weite Ferne gerückt. Über den Kurs des Landes, auch über die Rolle Irans in der Region, ist sich die Staatsführung nicht einig. Wie der Machtkampf, der schon seit geraumer Zeit zwischen Konservativen und Reformern tobt, ausgehen wird, ist ungewiss. Der Iran-Report wertet Nachrichten verschiedener Quellen aus. Auch um die von den Mächtigen in Iran verfügbaren Behinderungen und Einschränkungen der journalistischen Arbeit auszugleichen. Der Iran-Report produziert keine Schlagzeilen, sondern er erhellt die Meldungen, das Nichtgesagte dahinter.

Elektronisches Abonnement:

Wenn Sie den Iran-Report kostenfrei abonnieren wollen, tun Sie dies bitte unter <https://www.boell.de/iran-report>. Mit einer E-Mail an info@boell.de können Sie sich aus dem Verteiler wieder austragen lassen.

IMPRESSUM

Autor: Bahman Nirumand
Redaktion: Anja Hoffmann
V.i.S.d.P.: Annette Maennel
20. Jahrgang

INNENPOLITIK

Am Jahrestag der Revolution riefen Demonstranten: „Tod Rohani!“ / Geheimdienstminister spricht von Möglichkeit, Nuklearwaffen herzustellen / Schlappe für Ghalibaf / 94-jähriger Dschannati für weitere zwei Jahre als Vorsitzender des Expertenrats bestätigt / Ahmadinedschad kritisiert „Niederschlagung der Protestbewegung“ / Protest deutscher Athleten gegen Hinrichtung eines Ringers / Ski-Nationaltrainerin darf nicht an Ski-WM teilnehmen / Kamil Ahmadi gelingt die Flucht ins Ausland / Frau nach Herzinfarkt hingerichtet

AM JAHRESTAG DER REVOLUTION RIEFEN DEMONSTRANTEN: „TOD ROHANI!“

Am 42. Jahrestag der Revolution riefen zahlreiche Motorradfahrer in der Stadt Isfahan: „Tod Rohani!“ Während aus den Lautsprechern: „Tod Amerika, Tod Israel!“ dröhnte, riefen Motorradfahrer, die die Fahnen der Islamischen Republik und der libanesischen Hisbollah trugen: „Tod Rohani!“

Die Gründung der Islamischen Republik vor 42 Jahren bietet jedes Jahr am 10. oder 11. Februar dem Regime in Teheran eine Gelegenheit, durch Massenaufmärsche und Großkundgebungen der Außenwelt seine Macht zu demonstrieren. Allerdings gelingt dies immer weniger, obwohl das Regime alle Hebel in Bewegung setzt, um möglichst viele Iranerinnen und Iraner zur Teilnahme zu bewegen. Busse bringen Menschen aus der Provinz in die Hauptstadt, Staatsbeamte und -angestellte werden aufgefordert, an Kundgebungen teilzunehmen, und auch Schülerinnen und Schüler werden zur Teilnahme verpflichtet.

Doch in diesem Jahr waren dank Corona die Bemühungen nicht nötig. Ohnehin wäre angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage und der daraus folgenden Unzufriedenheit in der Bevölkerung die Organisation von Massenaufmärschen schwerer zu leisten gewesen als in den Vorjahren. So wurden alle Feierlichkeiten in die Fernseh- und Radiosender sowie in die sozialen Netzwerke verlagert. Dennoch gingen in einigen Städten radikale Gruppen auf die Straße, um ihre Botschaften zu verkünden. So auch in der Stadt Isfahan, in der zahlreiche Motorradfahrer ihren Unmut gegen die verhasste Regierung von Präsident Hassan Rohani zum Ausdruck brachten.

Rohani, der in den vergangenen Jahren zum Jahrestag der Revolution auf dem Asadi-Platz in der Hauptstadt Teheran eine Rede hielt, hatte es in diesem Jahr vorgezogen, aus seinem Büro zum Volk zu sprechen. Er berichtete über die Arbeit seiner Regierung und sagte unter anderem: „Wenn wir in den vergangenen siebeneinhalb Jahren unserer Amtszeit in manchen Bereichen nicht erreichen konnten, was dem Volk würdig ist, bitte ich um Entschuldigung.“ Er sprach ungeachtet der miserablen Lage des Landes von Erfolg. „Immer, wenn wir zusammengehalten haben, hat uns Gott beigestanden und uns zum Erfolg geführt“, sagte er. Das Land habe gegen die US-Sanktionen erfolgreich Widerstand geleistet und dem gescheiterten US-Präsidenten Donald Trump einen unrühmlichen Abgang beschert. Das seien Errungenschaften, auf die das Land stolz sein könne.

Rohani betonte die Notwendigkeit von Verhandlungen (mit den USA). „Verhandlungen sind nicht negativ. Sie sind Bestandteil einer modernen Politik.“ Die Amtszeit Rohanis endet im Juni. Seine Wiederwahl ist nicht mehr möglich. Der Präsident hat inzwischen die meisten seiner Anhänger verloren, die ihn mit großen Erwartungen gewählt hatten. Er konnte nichts von dem, was er versprochen hatte, einhalten. Seine Regierung hatte alle Hoffnungen auf das Atomabkommen gesetzt, das den Weg zu einem wirtschaftlichen Aufschwung ebnen sollte. Zwar kam das Abkommen 2015 zustande, doch der Austritt der USA 2018 und die folgenden harten Sanktionen machten alle Pläne der Regierung zunichte. Hinzu kamen Misswirtschaft und die weitverbreitete Korruption und schließlich die Corona-Pandemie.

Das Land befindet sich in einem bedrohlichen Zustand, was den Unmut in der Bevölkerung immer weiter steigert. Vor allem Jugendliche, die keine Zukunftsperspektive haben, nahmen den Jahrestag der Revolution zum Anlass, die Rechte ihrer Generation zu fordern. In den sozialen Netzwerken stellten sie die Frage, was ihnen die 42 Jahre Islamische Republik gebracht hätten. Regierungssprecher Ali Rabii versuchte darauf einzugehen und sagte: „Wir müssen heute die Frage beantworten, was im 21. Jahrhundert von der damaligen Revolution noch geblieben ist.“ Er forderte eine zeitgemäße und zukunftsorientierte Gestaltung der Ideen der Revolution.

Die Parole „Tod Rohani“ löste vor allem bei den Reformern und sogenannten Gemäßigten Entsetzen aus. Der Stellvertreter des Chefs der Kommunikationsabteilung im Büro des Präsidenten, Alireza Moessi, bezeichnete die Parolen gegen den Präsidenten als „beschämend“. Er schrieb auf Twitter: „Die Beschimpfungen des Präsidenten in den Medien und bei Demonstrationen scheinen nicht spontan gewesen zu sein. Ein solch hässliches und beschämendes Verhalten ist dem Jahrestag der Revolution nicht würdig.“ Vizepräsident Eshagh Dschahangiri bezeichnete in einem Brief an den Justizchef die Demonstration gegen Rohani als „strafbar“. Er forderte ihn auf, juristisch gegen die Teilnehmer vorzugehen. Auch Hessamaddin Aschna, der Berater des Präsidenten, sagte: „In dieser heiklen Situation, in der sich das Land außenpolitisch befindet, sind solche Aktionen ein Spiel mit dem Feuer, das schwere Folgen haben könnte.“

Der frühere Verkehrsminister Abbas Achundi meinte, solche Aktionen deuteten auf die Existenz eines Doppelstaates. Er forderte die Abgeordneten, besonders die aus Isfahan, auf, die Aktion zu verurteilen.

Die Regierung veröffentlichte am 13. Februar zu dem Vorgang eine Erklärung, in der es heißt: „In einer Zeit, in der Geschlossenheit des Volkes angesagt ist, um die Interessen des Landes durchsetzen zu können, sind solche Vorgänge dazu geeignet, das Volk zu spalten und Hass zu schüren.“ Die Regierung werde den Fall juristisch verfolgen und die Initiatoren zur Verantwortung ziehen. Die Aktion liefere den Feinden der Islamischen Republik ein Argument, die Sanktionen zu rechtfertigen. „Offenbar geht es den Beleidigern und Rowdys darum, in den nächsten Monaten (bis zu den Präsidentschaftswahlen) die Atmosphäre zugunsten bestimmter Kräfte zu ändern und die Regierung als unfähig darzustellen, das Land während des Wirtschaftskriegs (Sanktionen) zu verwalten. Wir werden nicht zulassen, dass die öffentliche Meinung durch Fälschungen und Lügen beeinflusst wird.“

Weiter heißt es in der Erklärung: „Die Regierung hat sich in diesen schweren Zeiten pflichtgemäß auf die Probleme und den Kampf gegen die Sanktionen konzentriert und mit großer Geduld und Selbstbeherrschung die Machenschaften der Gegner ignoriert und dazu geschwiegen. Doch jedermann weiß, dass das Schweigen einmal ein Ende hat. Wir werden nicht zulassen, dass Tatsachen verfälscht werden und die Wahrheit den Interessen gewisser Gruppen geopfert wird.“

GEHEIMDIENSTMINISTER SPRICHT VON MÖGLICHKEIT, NUKLEARWAFFEN HERZUSTELLEN

Geheimdienstminister Mahmud Alawi erklärte den Medien zufolge am 9. Februar: „Unser Atomprogramm ist friedlich und gemäß der Fatwa (religiöse Anweisung) des Revolutionsführers ist die Produktion von Nuklearwaffen eine Sünde. Aber sollten wir dazu gedrängt werden, sind nicht wir daran schuld, sondern all jene, die uns dazu gedrängt haben. Eigentlich stehen Nuklearwaffen nicht auf unserem Programm.“

Zu dem Ausstieg der USA aus dem Atomabkommen sagte der Minister in einem Interview mit dem staatlichen Fernsehen, zwar hätten die USA mit ihren Sanktionen einen starken

Druck ausgeübt, „aber sie haben zugleich uns eine Chance geboten, auf dem Gebiet der Forschung große Erfolge zu erzielen und die Ergebnisse zu testen.“

Zu dem Attentat auf den iranischen Atomwissenschaftler Mohssen Fachrisadeh sagte der Minister, sein Ministerium habe fünf Tage vor dem Attentat von dem Ort, an dem das Verbrechen stattfinden sollte, Kenntnis gehabt. Doch bevor eine Kooperation mit den Streitkräften hätte stattfinden können, sei der Anschlag verübt worden. „Wir hatten bereits zwei Monate vor dem Anschlag davor gewarnt. Aber da an der Vorbereitung des Attentats ein Mitglied der Streitkräfte beteiligt war und uns nicht gestattet ist, bei den Militärs Geheimdienstarbeit zu leisten, konnten die Pläne nicht rechtzeitig aufgedeckt werden.“

Bislang hat es seitens der Verantwortlichen unterschiedliche Darstellungen des Attentats und zu dessen Hintergründen und Drahtziehern gegeben, zumeist solche, die das Versagen der zuständigen Behörden beim Schutz einer so wichtigen Person rechtfertigen sollten. Allgemein wurde behauptet, das Attentat sei von Israel mit Hilfe der USA organisiert worden. Nun spricht zum ersten Mal der Geheimdienstminister erstaunlicherweise von der Beteiligung der Streitkräfte an dem Anschlag. Einzelheiten zu dieser Behauptung teilte der Minister nicht mit, auch nicht, ob der Betreffende oder die Betreffenden sich in Haft befinden.

Die Äußerungen des Ministers forderten die Kritik der Revolutionsgarden heraus. Die Agentur Tasnim, die als Sprachrohr der Garden gilt, schrieb dazu am 10. Februar: „Was hat die Verbreitung solch umstrittener Behauptungen unter Adressaten, die nicht in der Lage sind, sich dazu ein Urteil zu erlauben, für einen Sinn? Zumal es sich um Staatsgeheimnisse handelt, deren Preisgabe gegen die bestehenden Vorschriften verstößt. Alle militärischen und geheimdienstlichen Einrichtungen sind verpflichtet, sich an diese Vorschriften zu halten.“ (...) „Offenbar hat der Minister die Absicht gehabt, sein Ministerium (im Zusammenhang mit dem Attentat auf Fachrisadeh) als unschuldig darzustellen und andere Geheimdienstorganisationen, die nicht unter seiner Leitung stehen, Unfähigkeit zu unterstellen. In einer Zeit, in der die ganze Staatsführung sich auf äußere Feinde konzentriert, ist es sinnlos, im Innern einen Streit zwischen verschiedenen Organen anzuzetteln.“

Die Agentur kritisierte auch die Äußerungen des Ministers über das Atomprogramm. Diese seien „klar und deutlich gegen die nationalen Interessen gerichtet“. Der Minister solle seine Meinung lieber für sich behalten. „Die Stellungnahme der Islamischen Republik und speziell des Revolutionsführers gegen Atomwaffen ist kein listiger Versuch, den Westen zu beruhigen. Dieser Grundsatz kann von niemandem ignoriert werden, um damit die Möglichkeit einer atomaren Bewaffnung als Druckmittel verwenden zu können.“ Die erstaunlichen Äußerungen des Ministers seien verwerflich, schreibt die Agentur.

Wenig später ergänzte Alawi seine Angaben zu dem Anschlag auf Fachrisadeh. Ein wichtiger Hauptakteur bei den Vorbereitungen des Anschlags sei ein entlassener Mitarbeiter des Militärs gewesen. „Seine Identität ist nicht klar. Er hat vor dem Anschlag Iran verlassen. Er wird gesucht“, sagte der Minister. „Nach dem Attentat auf Fachrisadeh hatte Israel einen weiteren Anschlag geplant, den die Mitarbeiter des Geheimdienstes verhindern konnten.“ Einige Personen seien in diesem Zusammenhang festgenommen worden. Einzelheiten zu diesem Attentat nannte der Minister nicht.

Das Teheraner Parlament hat am 14. Februar den Minister zu einer Befragung einbestellt. Wie der Bürochef von Präsident Rohani, Mahmud Waesi, der Presse mitteilte, wurde der Geheimdienstchef auch vom Präsidenten gerügt. „Die Position der Islamischen Republik und die der Regierung haben sich nicht geändert“, sagte er. „Die Fatwa (religiöse Anweisung) des Revolutionsführers ist nicht etwas, was sich von heute auf morgen ändern könnte. Sie gilt nach wie vor.“

Das Zentralkommando der iranischen Streitkräfte widersprach Alawi. In einer am 14. Februar veröffentlichten Erklärung heißt es, die Person, die der Minister erwähnte, sei während der Ausbildung und vor der Einstellung bei den Streitkräften wegen „Drogensucht und moralischer Vergehen“ entlassen worden. Da die Person demnach kein Angehöriger der Streitkräfte gewesen sei, hätte sie vom Geheimdienst und nicht von den Streitkräften beobachtet und verfolgt werden müssen.

Der Schlagabtausch zwischen dem Geheimdienstminister und den Revolutionsgarden beziehungsweise den Streitkräften ist Ausdruck von seit langem andauernden Rivalitäten zwischen den verschiedenen Geheimdiensten. Der Versuch, alle Geheimdienste unter einen Hut zu bringen, scheiterte immer wieder. Inzwischen sind Geheimdienste, die außerhalb des Ministeriums aktiv sind, zum Teil genauso mächtig und einflussreich wie das Ministerium. Der Geheimdienst der Revolutionsgarden hat sogar weit mehr Macht als das Ministerium, das der Regierung untersteht.

SCHLAPPE FÜR GHALIBAF

Parlamentspräsident Mohammad Bagher Ghalibaf, der zu den Personen gehört, die als Nachfolger von Präsident Rohani gehandelt werden, erlitt eine Schlappe, die nicht ohne Wirkung auf seine mögliche Kandidatur bleiben wird. Es ging um seine Reise nach Moskau und sein Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin. Die Medien berichteten Anfang Februar, dass Ghalibaf nach Moskau reisen werde. Er sei vom Revolutionsführer Ali Chamenei beauftragt worden, dem russischen Präsidenten eine „sehr wichtige“ Botschaft zu übermitteln. Über diese Nachricht wurde viel spekuliert. Dieser Auftrag sei eine beabsichtigte Aufwertung des Parlamentspräsidenten, was Ghalibafs Chancen bei einer möglichen Kandidatur erheblich erhöhen werde, wurde vermutet. Zugleich sei es ein Affront gegen den Außenminister, denn eigentlich sei er für solche Aufgaben zuständig, zumal Außenminister Mohammad Dschawad Sarif eine Woche zuvor in Moskau gewesen war und sich mit dem russischen Außenminister Sergej Lawrow getroffen hatte. Bei dem Treffen wurde ein Sicherheitsabkommen zwischen Teheran und Moskau geschlossen.

Die Reise nach Moskau war die erste Auslandsreise Ghalibafs nach seiner Amtsübernahme. Was Chamenei in seiner Botschaft dem russischen Präsidenten mitteilen wollte, wurde nicht bekanntgegeben.

Ghalibaf begab sich am 7. Februar nach Moskau, doch das ersehnte Treffen mit Putin kam nicht zustande. Der Kreml-Chef schien nicht gewillt zu sein, den iranischen Parlamentspräsidenten zu empfangen. Das Schreiben Chameneis an Putin nahm der Präsident der Duma entgegen. Ghalibaf twitterte: „Ich habe die Botschaft dem Sondergesandten von Präsident Putin und Chef der Duma übergeben. Diese Botschaft wird in der strategischen Beziehung zu Russland ein neues Kapitel eröffnen und den Blick der iranischen Diplomatie nach Osten richten.“ Er habe seine Reise nach Russland verschieben wollen, aber Chamenei habe darauf bestanden, sagte Ghalibaf in einem Interview.

Auch Ghalibafs Berater Mehdi Mohammadi twitterte: „Der Befehl, die Botschaft solle genau zu diesem Zeitpunkt durch Ghalibaf an die Russen übergeben werden, kam von ganz oben. Alles andere spielte eine untergeordnete Rolle.“ Mit einem Seitenhieb auf den Außenminister fügte er hinzu, die Reise sei mit dem Ziel verbunden gewesen, Gespräche über komplizierte strategische Fragen zu führen. Diese Aufgabe habe nur von jemandem geleistet werden können, der das volle Vertrauen des Revolutionsführers besitze.

Said Chatibsadeh, Sprecher des Außenministeriums, wies den Vorwurf einiger Abgeordneter zurück, das Außenministerium sei schuld daran, dass das Treffen Ghalibafs mit Putin nicht zustande gekommen sei. Es habe eine enge Kooperation zwischen dem

Ministerium, dem Parlament und Herrn Ghalibaf gegeben, sagte er. Man sollte nicht die Bedeutung der Reise Ghalibafs durch Nebensächlichkeiten mindern. Ein Treffen Ghalibafs mit Putin sei überhaupt nicht geplant gewesen. Das habe Ghalibaf auch gewusst. Auch Außenminister Sarif sagte in einem Fernsehinterview, ein Treffen Ghalibafs mit Putin sei sowohl im Hinblick auf die Epidemie als auch protokollarisch von vornherein nicht möglich gewesen.

Die Medien kritisierten, dass Ghalibaf und seine Berater ein Treffen mit Putin angekündigt hätten, ohne dessen sicher gewesen zu sein. „Ein höchst unprofessioneller Wahlkampf“, schrieb die Zeitung Schargh. „Vielleicht haben sie sich nicht vorstellen können, dass Putin das Treffen ablehnt.“ Die Zeitung Dschomruri Eslami schrieb, Putins Ablehnung, Ghalibaf zu empfangen, sei eine Beleidigung der Islamischen Republik gewesen.

Mohammad Dschawad Asari Dschahromi, Minister für Kommunikation und Technologie schrieb, die strategische Ausrichtung nach Osten sei ein Fehler. Die Parole der Islamischen Republik habe immer gelautet „weder Ost noch West“. Das sei die Lehre Ayatollah Chomeinis gewesen: „Weder der Kreml noch das Weiße Haus sind vertrauenswürdig.“

94-JÄHRIGER DSCHANNATI FÜR WEITERE ZWEI JAHRE ALS VORSITZENDER DES EXPERTENRATS BESTÄTIGT

Der 94-jährige Geistliche Ahmad Dschannati wurde am 22. Februar für weitere zwei Jahre als Vorsitzender des Expertenrats bestätigt. Der Rat, der satzungsgemäß als einziges Gremium dazu befugt ist, den Revolutionsführer zu wählen, beziehungsweise abzuwählen, hatte ein Jahr lang wegen der Corona-Pandemie nicht getagt und trat erst am 22. Februar wieder zusammen.

Dschannati ist zugleich Vorsitzender des mächtigen Wächterrats, der unter anderem bei den Wahlen über die Eignung der Bewerber entscheidet. Nach seiner Wiederwahl begrüßte er, dass die Parlamentswahlen im vergangenen Jahr trotz Corona durchgeführt werden konnten und äußerte die Hoffnung, dass die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen ebenso erfolgreich stattfinden werden. „Ich hoffe und wünsche, dass alle Bewerber, die zu diesen Wahlen zugelassen werden, von Anfang bis Ende moralisch makellos bleiben und dem Volk dienen werden“, sagte Dschannati.

Der Expertenrat ist ausschließlich mit Geistlichen besetzt. Die Mitglieder des Rats werden direkt vom Volk gewählt. Eigentlich soll der Rat alle Aktivitäten des Revolutionsführers kontrollieren. Das ist aber in den vergangenen Jahrzehnten niemals geschehen. Dschannati hatte einmal gesagt, seine Hauptaufgabe sei die Führung des Wächterrats, alles andere betrachte er als nebensächlich.

AHMADINEDSCHAD KRITISIERT „NIEDERSCHLAGUNG DER PROTESTBEWEGUNG“

In einem Brief an Präsident Hassan Rohani vom 12. Februar beschwerte sich der frühere Präsident Mahmud Ahmadinedschad, dass Sicherheitsbeamte am Jahrestag der Revolution eine Versammlung seiner Anhänger in der Nähe seines Hauses zu verhindern versucht hätten. „Die Leute hatten sich spontan versammelt“, schrieb er. „Ich hatte damit nichts zu tun.“ Doch Sicherheitsbeamte hätten sie daran gehindert. Einige seien geschlagen worden. „Das Vorgehen der Beamten war so heftig, dass einige Atembeschwerden bekamen.“ Bereits zuvor seien einige Leute, die an der Versammlung hätten teilnehmen wollen, von der Polizei gewarnt worden.

In dem Brief kritisierte Ahmadinedschad die „katastrophale Lage der Wirtschaft“, was auf die falsche Politik der Regierung zurückzuführen sei. „Ich hoffe, dass der Eifer und die Entschlossenheit, die bei der Verurteilung der Menschen und Niederschlagung der Proteste praktiziert werden, wie zum Beispiel bei der Niederschlagung der Proteste im November (2019), auch bei der Verwaltung des Landes und bei der Lösung der Probleme eingesetzt werden. Falls Sie, Herr Präsident, diese Untaten nicht angeordnet haben oder sie gar ablehnen, sollten Sie die Täter zur Rechenschaft ziehen und das Ergebnis der Öffentlichkeit mitteilen.“

Es ist höchst bemerkenswert, dass Ahmadinedschad, der in seiner Amtszeit Proteste von Arbeitern, Frauen, Studenten und Menschenrechtsaktivisten brutal niederschlagen ließ und der an der Niederschlagung der landesweiten Protestbewegung gegen seine umstrittene Wiederwahl 2009 einen maßgeblichen Anteil hatte, nun gegen ähnliche Vorgänge protestiert.

Am 17. Februar warf Ahmadinedschad dem Informationsministerium vor, sein Haus im Osten der Hauptstadt Teheran zu beobachten. Unter dem Vorwand, die Sicherheit einer in unmittelbarer Nähe gelegenen Schule zu gewährleisten, seien auf dem Dach des Schulgebäudes Kameras installiert worden, die Tag und Nacht „alle Vorgänge im und um unser Haus aufnehmen“, schreibt der Ex-Präsident.

Seit einigen Wochen unternimmt Ahmadinedschad alle möglichen Versuche, um öffentlich präsent zu sein. Er übte Kritik an der Regierung, auch am Revolutionsführer, veröffentlichte mehrere Videointerviews und schrieb Briefe an US-Präsident Joe Biden und den russischen Präsidenten Wladimir Putin. Ob er die Absicht hat, sich um das Amt des Präsidenten zu bewerben, ist nicht klar. Bei den letzten Präsidentschaftswahlen hatte er kandidiert, seine Bewerbung wurde jedoch vom Wächterrat als „ungeeignet“ zurückgewiesen.

PROTEST DEUTSCHER ATHLETEN GEGEN HINRICHTUNG EINES RINGERS

In einem Protestschreiben forderten deutsche Spitzensportler am 31. Januar das Internationale Olympische Komitee auf, auf die Hinrichtung des iranischen Ringers Mehdi Ali Hosseini mit Konsequenzen zu reagieren. In einem Gespräch mit der Welt am Sonntag sagte Maximilian Klein, zuständig für Internationales bei Athleten Deutschland: „Die kürzliche Hinrichtung von Mehdi Ali Hosseini sollte Anlass genug für die olympische Bewegung sein, Athletenverfolgung in Iran und in anderen Ländern unabhängig aufarbeiten zu lassen.“

Iran habe eine lange traurige Geschichte der Verfolgung von Athleten, erklärte Klein weiter. Als Dachorganisation der olympischen Bewegung sollte das IOC überall dort, wo Athleten Repressalien ausgesetzt seien, aktiv reagieren. Die jüngsten Hinrichtungen in Iran seien „der entsetzliche Höhepunkt wiederholter Angriffe auf die Menschenrechte und die Werte, die das Fundament der internationalen Sportgemeinschaft bilden.“

Auf Anfrage teilte das IOC der Zeitung mit, der Fall Hosseini liege außerhalb des Bereichs seiner Zuständigkeit. Der Hingerichtete sei nur regional aktiv gewesen. „Wir wurden darüber informiert, dass es sich um einen Kriminalfall ohne Sportbezug handelte.“

Der 30-jährige Hosseini wurde am 25. Januar im Gefängnis der Stadt Dezful hingerichtet. Der Ringer war vor fünf Jahren bei einer Auseinandersetzung in der Stadt Andimeschk wegen Tötung eines Jugendlichen festgenommen und zum Tode verurteilt worden. Vor fünf Monaten wurde der Ringer Navid Afkari hingerichtet, was weltweit Proteste hervorrief. Zwei seiner Brüder wurden zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Wahid Afkari wurde mit 54 Jahren und sechs Monaten und sein Bruder Habib Afkari mit 27 Jahren und drei Monaten Gefängnis bestraft.

Iran ist gemessen an seiner Bevölkerungszahl weltweit das Land mit der größten Zahl an Hinrichtungen. Nach Angaben der Menschenrechtsorganisationen wurden 2020 mindestens 236 Menschen in Iran hingerichtet. 95 weitere Personen warten derzeit auf den Vollzug ihres Todesurteils. Diesen Angaben zufolge werden 72 Prozent der Hinrichtungen nicht offiziell bekanntgegeben.

SKI-NATIONALTRAINERIN DARF NICHT AN SKI-WM TEILNEHMEN

Medienberichten zufolge durfte die 37-jährige Ski-Nationaltrainerin Samira Sargari ihr Team nicht zur Teilnahme an den internationalen Ski-Wettkämpfen in Cortina d'Ampezzo begleiten, weil ihr Mann ihr die Ausreise nicht erlaubt hatte. Die Mannschaft musste ohne sie nach Italien reisen. Dagegen gab es in den sozialen Netzwerken zahlreiche Proteste.

Frauen in Iran können ohne Erlaubnis ihres Ehepartners nicht das Land verlassen. Unverheiratete Frauen, gleichgültig wie alt sie sind, benötigen zur Ausreise die Erlaubnis ihres Vaters oder Bruders.

Es ist nicht das erste Mal, dass iranische Sportlerinnen von ihren Männern ein Reiseverbot bekommen. Vor sechs Jahren konnte die Kapitänin der Frauen-Hallenfußball-Nationalmannschaft Nilufar Ardalan nicht an den Asienmeisterschaften teilnehmen, weil ihr Mann, ein Mitarbeiter des iranischen Fernsehens, sich geweigert hatte, ihr die Erlaubnis zur Ausreise zu erteilen. Der Fall erregte großes Aufsehen und die Staatsanwaltschaft schaltete sich ein, so dass Ardalan später an den Wettkämpfen in Guatemala teilnehmen konnte.

Auch die bekannte Sportlerin Sahra Nemati, Fahnenträgerin der iranischen Mannschaften bei den Olympischen Spielen, die 2012 als einzige Iranerin bei den Paralympischen Sommerspielen in London Gold geholt hatte, durfte nach ihrem Sieg nicht mehr ausreisen.

Die Tageszeitung Schargh schrieb in der Ausgabe vom 17. Februar, die Verantwortlichen hätten bis zuletzt versucht, das Problem zu lösen und die Ausreise von Sargari zu ermöglichen. Die iranische Ski-Föderation veröffentlichte die Liste der Teilnehmerinnen. Als Trainer wurde der Sportler Bagher Kalhor genannt. Die Wettkämpfe fanden zwischen dem 18. und 21. Februar statt. Sargari habe ihrem Team viel Erfolg gewünscht, hieß es. Sie nahm zunächst zu dem Reiseverbot keine Stellung. Erst am 19. Februar sagte sie der Presse: „Ich liebe mein Land und habe seit Jahren hart für die Flagge meines Landes gearbeitet. Nun brauche ich die Hilfe und Unterstützung der Behörden.“ Diese sollten ihr doch noch die Reise nach Italien ermöglichen.

Das wäre in der Tat möglich gewesen. Die Justiz kann sich bei Frauen in herausragenden Positionen über das Reiseverbot hinwegsetzen und die Erteilung einer Ausreisegenehmigung veranlassen. Doch für eine Ausreise nach Italien war es ohnehin zu spät.

Wie die dpa am 17. Februar berichtete, teilte der Ski-Weltverband mit, er habe erst über die sozialen Netzwerke von dem Fall erfahren. Er wolle sich nun genauer über die Sachlage informieren.

KAMIL AHMADI GELINGT DIE FLUCHT INS AUSLAND

Der iranisch-britische Sozialwissenschaftler Kamil Ahmadi war vom Teheraner Revolutionsgericht wegen „Zusammenarbeit mit den USA“, „Besitzes einer Gaspistole“ und „einem Liter alkoholischer Getränke“ zu neun Jahren Gefängnis und 400.000 Euro Geldstrafe verurteilt worden. Er war im vergangenen Dezember nach dreimonatiger Haft

im Eviner Gefängnis gegen eine Kaution vorübergehend freigelassen worden. Sein Anwalt hatte gegen das Urteil Widerspruch eingelegt.

Nun befindet sich Ahmadi wieder in Großbritannien. In einem Interview mit der BBC sagte er: „Ich habe lange mit dem Gedanken gerungen, zu flüchten. Schließlich habe ich mich entschieden, nicht freiwillig, sondern aus Zwang.“ Er habe schwer gangbare Gebirgswege zu Fuß überwinden müssen, um die Grenze überqueren zu können. „Als Doppelstaatler hast du in Iran potentiell immer eine Akte“, sagte er. Solche Prozesse und Urteile seien ein Vorwand, um Aktivisten unter Druck zu setzen, sagte Ahmadi. Er selbst hatte als Sozialwissenschaftler über Themen wie Eheschließung mit minderjährigen Mädchen, Kinderarbeit, Zweitehen und die Lage von geschlechtlichen und ethnischen Minderheiten geforscht.

Er sei im Gefängnis psychisch gefoltert worden, sagte Ahmadi. Ein Staatsanwalt habe ihm im Gefängnis gesagt: „Als Kurde, Sunnit und Doppelstaatler bist du eine tolle Beute.“ Zur Begründung seiner Flucht sagte Ahmadi: „Ich musste auf mein einziges Kind Rücksicht nehmen.“

FRAU NACH HERZINFARKT HINGERICHTET

Laut ihrem Anwalt Omid Moradi wurde Sahra Esmaili trotz eines Herzinfarkts am 19. Februar im Gefängnis von Redschaishahr hingerichtet. Die Frau war wegen der Tötung ihres Mannes zum Tode verurteilt worden. Ihr Mann, Aliresa Samani, soll Mitglied des Geheimdiensts gewesen sein.

Der Anwalt beschreibt den Vorfall wie folgt: „16 Personen wurden vor den Augen Sahra Esmailis hingerichtet. Sie bekam einen Schock, einen Herzinfarkt. Trotzdem wurde ihr lebloser Körper erhängt.“

PROTESTE GEGEN TOD VON BEHNAME MAHJOUBI, ANHÄNGER DES SUFI-ORDENS

Der 33-jährige Behnam Mahjoubi wurde am 12. Februar vom Gefängnis in ein Krankenhaus gebracht. Er war Berichten zufolge nach Einnahme von Medikamenten, die ein Gefängnisarzt verordnet hatte, ins Koma gefallen. Er kam trotz Einsatz von Beatmungsgeräten nicht mehr zu sich. Seine Angehörigen und Menschenrechtsorganisationen hatten die Gefängnisleitung immer wieder wegen des schlechten Zustands von Mahjoubi gewarnt. In einem Videoclip hatte Mahjoubi mitgeteilt: „Ich wurde auf einem Bett festgebunden. Sie haben mir schwere Tabletten und Spritzen gegeben, sie urinieren auf mich, taten Dinge, die ich aus Scham nicht benennen möchte. Ich habe in Aminabad, im Psychiatrischen Hospital, den Niedergang der Menschheit erlebt.“ Manche Beobachter gehen davon aus, dass Mahjoubi bereits vor der Einlieferung ins Krankenhaus gestorben war und die Beatmungsgeräte nur eingesetzt wurden, um einen noch lebenden Menschen vorzutäuschen. Nach wenigen Tagen gab das Krankenhaus seinen Tod bekannt.

Die Gefängnisverwaltung veröffentlichte am 22. Februar eine Erklärung, in der es heißt, Mahjoubi habe eigenmächtig Medikamente eingenommen. Daher sei er ins Krankenhaus gebracht worden. Er habe im Gefängnis unter verschiedenen Krankheiten gelitten, daher habe er unter ärztlicher Kontrolle gestanden.

Mahjoubi war 2018 bei einer Demonstration der Derwische festgenommen worden. Er wurde später wegen Teilnahme an einer unerlaubten Versammlung, Aufruhr und Aktivitäten gegen die nationale Sicherheit zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Im Juni 2020 musste er seine Strafe antreten, obwohl der Amtsarzt ihm wegen seiner psychischen

Krankheit Haftunfähigkeit bescheinigt hatte. Im Gefängnis wurde er misshandelt, gefoltert und zu falschen Geständnissen gezwungen.

Die Sufis werden in Iran diskriminiert und verfolgt, hunderte von ihnen befinden sich in den Gefängnissen des Landes. Der Sufismus ist eine spirituell ausgerichtete Strömung innerhalb des Islams.

Die Mitgefangenen von Mahjoubi bestätigten in einer Erklärung, dass Mahjoubi schwer krank gewesen sei, unter Mangel an Medikamenten und medizinischer Fürsorge gelitten habe. „Behnam ist nicht der Einzige, der Opfer der unerträglichen Zustände in den Gefängnissen wurde“, schreiben die Mitgefangenen. „Nicht wenige Gefangene befinden sich derzeit in einem ähnlichen Zustand wie Behnam. Niemand hört ihre Hilferufe. Behnam hätte heute gesund und munter im Kreis seiner Familie sein können, wenn die Verantwortlichen sich um seine Gesundheit gekümmert hätten.“

KAMPF GEGEN DIE PANDEMIE

Minu Mohraz, Mitglied des iranischen Corona-Krisenstabs, teilte am 31. Januar der Presse mit, der in Iran produzierte Impfstoff „Coviran Barekat“ habe eine hohe Wirksamkeit. „Die jetzt erfolgten Tests zeigen, dass unser Impfstoff sogar die neuartige und weitaus gefährlichere englische Variante voll und ganz neutralisiert hat“, sagte sie. Nun könne man beruhigter in die Zukunft schauen. Die Wissenschaftler sowie der Krisenstab fühlten sich glücklich und seien froh über diese großartige Errungenschaft.

Laut Angaben des Krisenstabs wurde der Impfstoff im vergangenen Jahr oft mit Erfolg getestet. Es gebe noch den zweiten Impfstoff „Pasteur“, der noch weiter getestet werden müsse. Des Weiteren gebe es einen gemeinsam mit Kuba produzierten Impfstoff, der sich noch in der Testphase befinde. Hinzu kämen die Impfstoffe aus Russland, China und Indien, die im Laufe der nächsten Monate eingeführt werden sollen. Der Import von Impfstoffen aus den USA, Frankreich und Großbritannien wurde vom Revolutionsführer ausdrücklich untersagt.

Im Dezember und Januar wurden in Iran teilweise harte Einschränkungen verordnet und dabei Erfolge erzielt. Doch Präsident Hassan Rohani warnte vor vorzeitigen Lockerungen. „Wir haben zwar einige Erfolge erzielt, dürfen aber jetzt nicht auf einmal auf den Normalstatus umschalten“, sagte er. In Iran wurden nach offiziellen Angaben seit Beginn der Pandemie 58.000 Tote und mehr als 1,4 Millionen Infizierte notiert.

Die Organisation der iranischen Mediziner hat am 31. Januar in einem Schreiben an Präsident Rohani den russischen Impfstoff „Sputnik V“ als „unzulässig und gefährlich“ bezeichnet und den Import von sicheren und „renommierten“ Impfstoffen gefordert. 98 Mitglieder der Organisation, die mit 280.000 Mitgliedern zu den größten Berufsverbänden des Landes gehört, schrieben: „Wir halten den Kauf eines Impfstoffs, der nicht ein Mindestmaß an internationaler Anerkennung gefunden hat und dessen Wirksamkeit und Unschädlichkeit selbst im eigenen Land umstritten ist, für unzulässig und gefährlich.“ Auch Minu Mohraz erklärte, sie traue dem russischen Impfstoff nicht und werde ihn deshalb nicht impfen.

Demgegenüber verteidigte Gesundheitsminister Said Namaki den Impfstoff. „Wir beziehen unsere Impfstoffe aus sichersten Quellen und werden allen Kritikern zum Trotz damit zuerst unsere eigenen Verwandten impfen, damit alle merken, dass für uns die Gesundheit der Menschen in unserem Land an oberster Stelle steht.“

Das Verbot des Imports von Impfstoffen aus den USA, Frankreich und Großbritannien hat in den sozialen Netzwerken eine hohe Welle von Kritik hervorgerufen. Viele fragen sich, ob

in Iran Ideologie und Politik mehr wert seien als das Leben der Menschen und wieso der Revolutionsführer sich erlaube, mit dem Leben der Menschen Politik zu machen.

Ali Resa Sali, Vorsitzender des Teheraner Corona-Krisenstabs, zeigte sich am 1. Februar besorgt über den Anstieg der in die Krankenhäuser eingelieferten Corona-Infizierten. „Wir haben einen neuen Rekord erreicht“, sagte er. Die Zahl der stationären Corona-Kranken liege bei 2.120, in den vergangenen Wochen habe sie unter 1.800 gelegen.

Kianusch Dschahanpur, Sprecher der Organisation für Nahrung und Medikamente, sagte, seine Organisation sei dabei, so viel Impfstoff wie möglich herbeizuschaffen. „Wichtig ist nur, dass die Impfstoffe nicht aus den USA und Großbritannien stammen“, betonte er. Er verteidigte den russischen Impfstoff Sputnik V und sagte, es sei nicht nötig, dass dieser Impfstoff von der WHO freigegeben werde, es genüge, wenn einheimische zuständige Stellen ihn zulassen würden.

Mostafa Ghaeni, Leiter der Wissenschaftskommission zum Kampf gegen Corona, sagte, die Impfung werde mit dem Gesundheitspersonal beginnen und innerhalb eines Jahres beendet sein. Es sei vorgesehen, 16 Millionen Dosen über Covax zu beziehen, 15 Millionen Dosen sollen importiert und 25 Millionen in Iran produziert werden.

Die erste offizielle Impfstofflieferung traf am 5. Februar in Iran ein. 500.000 Dosen des russischen Impfstoffs Sputnik V wurden per Flugzeug geliefert. Irans Botschafter in Russland, Kasem Dschalali sagte, insgesamt seien 5 Millionen Dosen bestellt. Der Rest werde im Laufe des Februars geliefert. Die erste Impfung fand im Beisein Präsident Rohanis am 9. Februar statt. Als Erster geimpft wurde, wie bereits vom Gesundheitsminister angekündigt, dessen Sohn Parsa Namaki. Nach ihm folgten ein Anästhesist und eine Krankenschwester aus der Intensivstation.

Während die zuständigen Behörden mit großem Eifer versuchen, die Impfung der Bevölkerung so rasch wie möglich voranzutreiben, rät ein Prediger strikt von Impfungen ab. Der 68-jährige Kleriker Abbas Tabrisian ist jemand, der überall Verschwörungen wittert. Bekannt als Mediziner, hält er die moderne Medizin für einen Verschwörungsversuch der Zionisten und Amerikaner gegen die Muslime. Die Corona-Impfung mache schwul und schwäche den Glauben an den Islam. „Das sind nicht nur abergläubische und blödsinnige Ansichten, sondern illegale Einmischung in die gesundheitspolitischen Angelegenheiten des Landes“, sagte Dschahanpur. Die Justiz sei berechtigt, gegen solche Propagandisten und Verschwörungstheoretiker vorzugehen.

Am 13. Februar warnte Gesundheitsminister Namaki vor einer „vierten Corona-Welle“: „Wir befinden uns am Anfang eines Gebirgspasses, den es zu überwinden gilt.“ Tatsächlich standen Mitte Februar in sieben Städten der Provinz Chusestan die Ampeln auf Rot. „Wir müssen alle Regeln strikt einhalten“, sagte Namaki. „Es kommt der Monat der Hochzeiten (März), lassen wir nicht zu, dass es zum Monat der Trauer wird. Es sind jetzt Dinge passiert, die uns große Sorgen bereiten. Ich habe immer wieder vor den englischen und südafrikanischen Mutationen gewarnt. Wir sind jetzt dabei, in neue Gruben der Krankheit zu fallen, weil wir die Epidemie nicht ernst nehmen.“

Auch Rohani sagte: „Wir erwarten eine vierte Welle. Vorige Woche standen in keiner Stadt die Ampeln auf Rot. Aber heute stehen in einigen Städten in Chusestan die Ampeln auf Rot. Auch in anderen Städten zeigen die Ampeln nicht mehr auf Gelb, sondern auf Orange. Das sind Alarmzeichen, die auf die vierte Welle deuten.“ Die Epidemie könne noch lange dauern, sagte der Präsident im Staatsfernsehen. „Selbst mit Impfstoffen könnte es bis zu zehn Jahre dauern, bis das Virus endgültig beseitigt ist.“

Am 22. Februar meldete sich Namaki erneut warnend zu Wort. „Wir sollten uns auf eine neue Corona-Welle mit neuen Virus-Varianten vorbereiten, die weitaus ansteckender und tödlicher sein könnte“, sagte der Minister. Niemand sollte dieses Virus auf die leichte Schulter nehmen. Ein leichtsinniger Umgang mit den Regeln könnte wieder zu zahlreichen

Toten führen. „Dann werde ich auch nicht mehr Gesundheitsminister sein, sondern Chef einer großen Leichenhalle.“

Die strengen Maßnahmen hatten in den letzten Wochen die Zahl der Toten um 85 und die der Infizierten um 50 Prozent reduziert. Doch sie stiegen seit Anfang Februar wieder an. Am 22. Februar lag die Gesamtzahl der Toten bei fast 60.000 und die der Infizierten bei 1,6 Millionen.

Am 24. Februar beschwerte sich Namaki, dass trotz einer Verordnung des Präsidenten einige Grenzen des Landes offen geblieben seien. „Wie soll ich mein Amt verwalten, wenn ich als Minister nicht einmal weiß, wer aus diesem Land aus- und wer in dieses Land einreist.“ Jene, die die Protokolle ignoriert und die Grenzen nicht geschlossen hätten, „haben Feuer gelegt“. „Sie sind verantwortlich dafür, dass die neuen Mutationen ins Land gekommen sind.“

KULTUR

Fadschr-Filmfestspiele in Teheran / Produzenten eines Dokumentarfilms zum Staatsanwalt einbestellt

FADSCHR-FILMFESTSPIELE IN TEHERAN

Das Nachrichtenportal Iran Emrooz veröffentlichte am 11. Februar einen Bericht von Puja Choschhal, dessen Inhalt wir hier zusammenfassen.

Die Kinoliebhaber in Iran kennen den Begriff „bestellte Filme“. Die Geheimdienste in Iran und auch einige Personen haben bereits nach der Gründung der Islamischen Republik vor mehr als vier Jahrzehnten mit der Produktion von Filmen begonnen, die mit Staatsgeldern finanziert wurden. Solche Filme werden bei den Filmfestspielen bevorzugt behandelt. Demgegenüber wurden Filme, die unabhängig vom Staat produziert wurden, immer schärfer zensiert. Bestellte Filme bekommen bei den Filmfestivals Preise, während unabhängige Filme häufig verboten werden.

Im 42. Gründungsjahr der Islamischen Republik verriet Geheimdienstminister Mahmud Alawi am 11. Februar, welche Filme vom Geheimdienst in Auftrag gegeben und finanziert worden waren. Genannt hat er unter anderem die Filme „Rubah“ von Behrus Afchami unter der Regie von Mohammad Pirhadi, „Madscheraje Nimrus“ von Mohammad Hossein Mahdavian, „Siarur“ von Behrus Schaibi und andere. Auch die Serienfilme „Puzzle“ von Ebrahim Scheibani und „Tabir-e warruneh-e jek Roja“ von Fereidun Dscirani.

Es ist zu erwähnen, dass die Anzahl der „bestellten Filme“ weit höher liegt als die von Alawi genannten. Zur Begründung der Einmischung der Geheimdienste in die Filmbranche sagte Alawi: „Wir haben Filme produziert, um die Menschen über Spionage und Ziele der Sicherheitsdienste zu informieren.“

Der Filmkritiker Ali Mosleh Heydarsadeh bezeichnete in der Zeitung Hamschahri die Fadschr-Filmfestspiele als gegen die Interessen der Menschen gerichtet. „Wir haben 40 Jahre Filmzensur hinter uns und stehen nun zu Beginn des neuen Jahrhunderts (in Iran beginnt am 21. März das Jahr 1400) vor Filmen ohne Helden und Antihelden. Was wir in den vorgeführten Filmen gesehen haben, waren gesichtslose Massen, genannt das Volk, das gezeichnet ist von Untätigkeit, Angst, Unwissenheit, Armut und Aberglauben. (...) Diese Menschen, die das iranische Kino darstellt, sind Menschen, die ihre Würde und Weitsicht verloren haben. Diese Filme fordern nicht Solidarität oder Mitleid heraus, sondern Entsetzen.“

Mit Hinweis auf unbekannte und verdächtige Auftraggeber der Filme schreibt Heydarsadeh weiter, es sei nicht erstaunlich, dass das, was dabei herauskommt, gegen die Menschen gerichtet ist. Am Ende seines Artikels schreibt der Autor: „Das Fadschr-Festival erhebt nicht den Anspruch, das gesamte iranische Kino widerzuspiegeln. Doch dieser farblose und zerbrochene Spiegel zeigt uns ein Bild, das uns Angst machen muss, ein Bild, das wie ein Albtraum erschreckend ist.“

Die Website Kafeh Sinama schreibt zum Abschluss des Festivals: „Die Juroren haben 16 Filme ausgezeichnet, von denen die meisten bestellt waren, Filme, die im Grunde gegen das Volk gerichtet sind. Es war klar, dass das Festival in der Bevölkerung keinen Anklang finden konnte.“

Der Filmkritiker Babak Ghafuri Asar schreibt über den Film, der den ersten Preis gewonnen hat: „Was für ein Schicksal hat dieses Festival erlebt. Den ersten Preis hat ein Film gewonnen, von dem behauptet wird, er sei eine Antwort auf den Film ‚Baschu, Gharibeh Kuchak‘. (Der Film Baschu Gharibeh Kuchak wurde von dem bekannten Regisseur Bahram Beysai produziert. Er schildert den iranisch-irakischen Krieg aus der Sicht eines kleinen Kindes. Der Film war jahrelang verboten, bis er 1999 freigegeben wurde.) Der iranische Film ist völlig militärisch-sicherheitsdienstlich geworden.“

Beim diesjährigen Filmfestival stand der Film „Ghatel Wahschi“ von Hamid Nematollah nicht zur Auswahl, weil darin der abrasierte Kopf und die Ohren der Schauspielerin Leila Hatami zu sehen waren.

Das Kulturinstitut Odj gehört zu jenen Institutionen, die massiv von den Revolutionsgarden unterstützt werden und filmisch deren Ziele propagieren. Ehsan Mohammad Hassani, Leiter des Instituts, sagte bei einem Gespräch im Fernsehen, General Ghassem Soleimani, Befehlshaber der Al-Kuds-Brigade, der in der Nähe von Bagdad durch amerikanische Raketen getötet wurde, habe sich persönlich um die Filme, vor allem um die Serien gekümmert. Er habe mit einigen Regisseuren Gespräche geführt, einige hätte sogar mit ihm frühstücken dürfen! Die Produktion der Filme „23 Nafar“ und „Bewaght-e Scham“ sind von ihm initiiert worden.

Das Fadschr-Festival wird als das wichtigste Filmereignis in Iran bezeichnet, ein Ort, an dem Filmemacher miteinander wetteifern sollten. Doch die Einmischung der Geheimdienste und staatlicher Organe verengt immer weiter den Platz für unabhängige Filmemacher. Den ersten Preis „Simorgh“ gewann 2015 der vom Odj-Institut produzierte Film „Istadeh dar Ghoobar“, 2016 der vom Geheimdienstministerium produzierte Film „Madscheraye Nimrus“, 2017 wieder ein Film des Odj-Instituts mit dem Titel „Tangeh Abu Ghoreib“ und 2018 der Film „Mah Kamel schod“ des Geheimdienstministeriums. Unabhängig von der tatsächlichen Qualität dieser Filme, hat die Tatsache, dass diese Filme bestellt wurden, einen höchst bitteren Beigeschmack.

Mohammad Hossein Mahdavian gehört zu jenen Filmemachern, die bestellte Filme produzieren. Doch er selbst sagte auf dem Festival: „Ich bin nicht ein Mensch, der auf Druck von außen Filme produziert. Selbst dann nicht, wenn ich zu Hause bleiben müsste und keine Filme produzieren dürfte.“ Zu dem Vorwurf, er gehöre zu den bestellten Regisseuren, sagte er: „Ich liebe alle meine Filme. Ich weiß, dass diese denunziatorischen Unterstellungen dazu dienen sollen, mich bei meiner Arbeit zu bremsen. Aber mich berühren solche Vorwürfe nicht.“ Sein Film „Istadeh das Ghoobar“ wurde vom Odj-Institut und den Revolutionsgarden finanziert.

PRODUZENTEN EINES DOKUMENTARFILMS ZUM STAATSANWALT EINBESTELLT

Die Produzenten eines Dokumentarfilms über die Belästigung einer Frau auf der Straße wurden von der Staatsanwaltschaft einbestellt. Mehdi Haghdadi, Stellvertreter des

Oberstaatsanwalts beim Revolutionsgericht der Provinz Chorasán im Nordosten Irans, betonte gegenüber der Agentur Isna, es handele sich nicht um ein Verhör, sondern um die „Tragweite des Themas“ und um bestimmte Anweisungen.

Der Film, der mit versteckter Kamera gedreht wurde, zeigt im ersten Abschnitt eine Frau, die in weitem Oberteil und weiter Hose auf der Straße schreitet. Sie wird immer wieder von Männern belästigt, ein Mann will mit Nachdruck mit ihr eine Beziehung haben. Die Frau bittet jedes Mal, sie nicht zu belästigen. Im zweiten Abschnitt schweigt die Frau, wenn sie angesprochen wird. Die Männer geben nicht nach, belästigen sie mit obszönen Ausdrücken. Am Ende des Films sagte die Frau, sie würde am liebsten den Männern in die Fresse hauen.

Der Film wurde in den Netzwerken weit verbreitet. Haghdadi sagte, es handele sich bei dem Videoclip um ein „gesellschaftliches Problem“. Aber um dieses Problem öffentlich zur Debatte zu stellen, müssen gewisse kulturelle Aspekte mit in Betracht gezogen werden.

WIRTSCHAFT

Atomabkommen in der Krise / IAEA: Iran produziert Uranmetall / Parlament lehnt Haushaltsplan der Regierung ab / Neuer Satellitenträger erfolgreich getestet

ATOMABKOMMEN IN DER KRISE

Iran lehnte am 30. Januar den Vorschlag des französischen Präsidenten Emmanuel Macron ab, über das Atomabkommen neu zu verhandeln und andere Staaten wie Saudi-Arabien in die Verhandlungen einzubeziehen. Irans Sprecher des Außenministeriums Said Chatibisadeh sagte, das Atomabkommen sei ein multilaterales internationales Abkommen, das durch die Resolution 2231 des UN-Sicherheitsrats ratifiziert und daher nicht verhandelbar sei. Auch die Partner des Abkommens seien klar und unveränderbar. „Keine Klausel des JCPOA wird geändert. Machen Sie sich das bewusst. Und niemand wird zusätzlich in den JCPOA aufgenommen“, sagte auch Präsident Hassan Rohani am 3. Februar in einer Kabinettsitzung.

Am 2. Februar forderte Außenminister Mohammad Dschawad Sarif die EU auf, sich dafür einzusetzen, dass die USA und Iran gleichzeitig zum Atomabkommen zurückkehren. Auf diesen Vorschlag reagierten die USA zurückhaltend. Der Sprecher des Außenministeriums Ned Price sagte am 3. Februar der Presse, die Regierung von Joe Biden werde zunächst internationale Verbündete und den Kongress konsultieren. Erst danach werde „der Punkt erreicht, an dem wir in direkten Kontakt mit den Iranern treten“ könnten. Iran solle zunächst seine Verpflichtungen aus dem Abkommen von 2015 erfüllen, dann würden auch die USA das Gleiche tun. Die EU appellierte an Präsident Biden, die Sanktionen gegen Iran zu lockern, um den Weg zu neuen Verhandlungen zu ebnen.

Indes warnte Israel vor einer nuklearen Bewaffnung Irans. Energieminister Juval Steinitz sagte einer Meldung der dpa vom 2. Februar zufolge dem Sender Kann, Iran sei in der Lage, binnen ein bis zwei Jahren mehrere Nuklearwaffen zu produzieren. Auch der neue US-Außenminister Antony Blinken schätzte die sogenannte Breakout-Zeit Irans auf drei bis vier Monate. Er betonte, dass eine Rückkehr der USA zu dem Abkommen erst dann erfolgen könne, wenn Teheran alle seine Verpflichtungen erfüllt habe. Dann wäre der Weg frei für ein „starkes und langfristiges Abkommen“. Dazu sagte Chatibisadeh, Iran werde erst zu dem Abkommen zurückkehren, wenn das Land über sein eigenes Kapital verfügen kann. „Wir wollen unser Öl frei verkaufen und die Einnahmen für unsere Interessen einsetzen. Sobald die Amerikaner diese Bedingungen erfüllt haben, werden wir unsere Pflichten erfüllen. Die USA sind mit einer bloßen Unterschrift aus dem Abkommen

ausgeschieden, aber sie können nicht mit einer bloßen Unterschrift zum Abkommen zurückkehren.“

Am 5. Februar bot Macron sich als Vermittler an. „Ich werde versuchen, ein ehrlicher und zuverlässiger Vermittler zu sein“, sagte er. Zugleich meinte er, es müsse ein Weg gefunden werden, um auch die Interessen Saudi-Arabiens und Israels zu berücksichtigen. Am 6. Februar nahmen die Außenminister der USA, Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens an einer Online-Konferenz teil. Laut AFP vom 6. Februar hieß es aus dem Auswärtigen Amt in Berlin, die Teilnehmer seien sich einig gewesen, „dass sie die traditionelle enge transatlantische Zusammenarbeit wiederaufleben lassen und globale Herausforderungen künftig gemeinsam angehen wollen“. Ein wichtiges Thema bei der Konferenz sei das Atomabkommen mit Iran gewesen, hieß es.

Indes erklärte Irans Außenminister Sarif in einem Interview mit der Zeitung Hamschahri am 6. Februar, in der iranischen Führung bestehe in Bezug auf Verhandlungen mit den USA keine Einigkeit. Es wäre falsch, ohne diese Einigkeit mit Washington zu verhandeln. Am 7. Februar erklärte Präsident Joe Biden im Sender CBS, solange Iran seine Verpflichtungen nicht erfüllt habe, würden die USA die Sanktionen gegen das Land nicht mildern. Auf die Frage, ob Iran auf Urananreicherung verzichten müsse, nickte Biden. Wenige Stunden danach erklärte das Weiße Haus, gemeint sei eine höhere Anreicherung als im Abkommen vorgesehen.

Demgegenüber erklärte Irans Revolutionsführer Ali Chamenei auf einer Versammlung der Mitglieder der Luftwaffe, Iran werde erst dann seine Verpflichtungen erfüllen, wenn die USA sämtliche Sanktionen zurücknehmen würden. „Das ist die endgültige Politik Irans.“ Darin sei sich die iranische Führung vollkommen einig. Eine Abkehr von dieser Politik werde es nicht geben. Er betonte, die Rücknahme der Sanktionen müsse nicht auf dem Papier, sondern in der Praxis erfolgen. „Und wir werden einen Faktencheck machen. Ein großer Fehler wäre, sich von den Feinden einschüchtern zu lassen, von ihnen politische und wirtschaftliche Besserung zu erwarten“, sagte Chamenei.

Paris und Moskau riefen am 11. Februar Teheran zur Zurückhaltung auf, nachdem die Internationale Atombehörde über die Produktion von Uranmetall in Iran berichtet hatte (siehe S. 17). Einer Meldung der AFP zufolge forderte das Pariser Außenministerium Teheran auf, „keine neuen Maßnahmen zu ergreifen, welche die Lage beim Thema Atom verschärfen“. Auch Russlands Außenminister Sergej Lawrow forderte Iran auf, „verantwortungsbewusst“ vorzugehen.

Am 15. Februar warnte Irans Außenamtssprecher Chatibsadeh ultimativ, sollten die Sanktionen gegen sein Land nicht bis zum 23. Februar aufgehoben werden, werde Teheran gemäß dem Beschluss des Parlaments das Zusatzprotokoll zum Atomwaffensperrvertrag nicht mehr akzeptieren. Das würde eine starke Einschränkung der Kontrollen durch Inspektoren der Atombehörde bedeuten. Genau dies teilte Iran am 15. Februar auch der IAEA mit. Am selben Tag stellte Iran Minimalforderungen an die USA. „Für uns ist es wichtig, dass wir unser Öl wieder verkaufen können und an unser Geld in den Banken herankommen“, sagte Vizeaußenminister Abbas Araghtschi. „Sonst ergibt der ganze Vertrag von 2015 keinen Sinn.“

Ungeachtet dessen betonte Rohani, Iran habe keineswegs die Absicht, die Lage zu eskalieren und sei an einer friedlichen Übereinkunft interessiert. „Wenn sie heute die Sanktionen aufheben, nehmen wir morgen unsere Verpflichtung wahr, wenn sie einen Schritt vorangehen, folgen wir mit einem Schritt nach. Wenn sie langsam vorgehen wollen, stimmen wir zu, wenn sie auf einmal das Problem lösen wollen, stimmen wir zu und wenn sie gar nichts lösen wollen, stimmen wir auch zu“, sagte er am 17. Februar. „Wir sind weiterhin Mitglied der IAEA, werden uns auch weiterhin an den Atomwaffensperrvertrag halten und in diesem Rahmen auch weiterhin mit der IAEA kooperieren.“ Iran habe keineswegs die Absicht, die USA unter Druck zu setzen. „Wir fordern nur die Einhaltung

der Vereinbarungen und Gesetze. Sich vor dem Gesetz zu beugen ist keine Schande. Dafür braucht sich niemand zu schämen“, sagte der Präsident. Auch US-Außenminister Blinken erklärte am 17. Februar vor der Presse, der Weg der Diplomatie sei offen. Auf die Frage, ob es zwischen Washington und Teheran geheime Kontakte gebe, gab er keine Antwort.

Am 18. Februar kamen die Außenminister der USA, Großbritanniens und der beiden EU-Staaten zusammen. Sie warnten Iran vor den „verheerenden Folgen gefährlicher Maßnahmen“, wie etwa der Kündigung des Zusatzprotokolls. Zudem äußerten sie sich besorgt über die Lage der Menschenrechte in Iran und forderten die sofortige Freilassung ihrer Staatsbürger, die sich in iranischer Haft befinden. Bundesaußenminister Heiko Maas warf Iran ein „Spiel mit dem Feuer“ vor.

Am 19. Februar erklärten sich die USA dazu bereit, an einem informellen Treffen mit Vertretern Irans und der anderen Unterzeichnerstaaten des Atomabkommens teilzunehmen. Zudem verordnete die Regierung die Aufhebung der UN-Sanktionen, die unter Präsident Trump unrechtmäßig eingeführt worden waren. Sarif begrüßte die Entscheidung, forderte aber abermals die Aufhebung der US-Sanktionen.

Das Ultimatum Teherans, das Zusatzprotokoll zum Atomwaffensperrvertrag zu kündigen, veranlasste den IAEA-Generalsekretär Rafael Grossi zu einer Blitzreise nach Teheran. Dort erzielte er einen Teilerfolg. Nach seiner Rückkehr nach Wien sagte Grossi, er sei nicht mit leeren Händen zurückgekehrt, aber es gebe „Dinge, die wir verlieren“. Demnach wurden zwar die Kontrollen einiger Anlagen um drei Monate verlängert, aber die Kontrollmöglichkeiten der Inspektoren werden erheblich eingeschränkt. Zum Beispiel stehen ihnen die Aufnahmen der Überwachungskameras nicht mehr zur Verfügung.

Selbst gegen diese „vorübergehende technische Vereinbarung“ gab es im Teheraner Parlament Proteste. Die Hardliner und Konservativen, die die absolute Mehrheit bilden, beantragten am 22. Februar eine Anklage bei der Justiz gegen die Regierung, die ihrer Ansicht nach mit der Vereinbarung gegen das vom Parlament verabschiedete Gesetz verstoßen hat. Das Parlament hatte die vollständige Kündigung des Zusatzprotokolls beschlossen. 239 Abgeordnete stimmten für den Antrag, sechs dagegen, sieben Abgeordnete enthielten sich. Die iranische Atomenergieorganisation veröffentlichte danach eine Erklärung, in der sie den Vorwurf des Parlaments entschieden zurückwies.

Revolutionsführer Chamenei sagte bei einem Empfang der Parlamentsabgeordneten, Regierung und Parlament sollten ihren Streit beilegen, „damit keine Dissonanzen entstehen“. Zugleich sagte er, das vom Parlament beschlossene Gesetz solle vollständig eingehalten werden. Dann fügte er noch hinzu: „Wir sind entschlossen, unsere nuklearen Fähigkeiten den Bedürfnissen des Landes anzupassen. Daher wird die Grenze der Anreicherung nicht bei 20 Prozent liegen. Sollten die Bedürfnisse des Landes es erfordern, werden wir die Anreicherung erhöhen, zum Beispiel, wenn es nötig sein sollte, bis zu 60 Prozent anreichern.“

Demgegenüber erklärte Präsident Rohani: „Wenn jemand die Vereinbarung mit der IAEA infrage stellt, spielt er auf der Seite unserer Feinde und verfolgt deren Ziele.“ Im Übrigen gehe es hier um Gewaltenteilung. Die Regierung sei in ihren Entscheidungen autonom. Höchst bemerkenswert ist eine Äußerung des Bürochefs des Präsidenten, Mahmud Waesi, der am Rande einer Kabinettsitzung am 24. Februar der Presse mitteilte, die Vereinbarung mit der IAEA sei vom Nationalen Sicherheitsrat beschlossen worden. Auch Parlamentspräsident Ghalibaf sei an dem Beschluss beteiligt gewesen. Anschließend habe auch der Revolutionsführer seine Zustimmung zu dem Beschluss erteilt!

Die europäischen Mitglieder des Atomabkommens zeigten ihren Unmut über die von Teheran getroffenen Maßnahmen. „Wir rufen Iran mit Nachdruck dazu auf, alle Transparenz reduzierenden Maßnahmen zu beenden und rückgängig zu machen und eine

zeitnahe umfassende Zusammenarbeit mit der IAEA sicherzustellen“, erklärten die Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens am 23. Februar.

Auch die USA zeigten Ungeduld. Ned Price, der Sprecher des Außenministeriums, erklärte auf einer Pressekonferenz am 24. Februar, die von Teheran beschlossenen Maßnahmen hätten den Konflikt um das iranische Atomprogramm eskaliert. „Unsere Geduld ist nicht endlos. (...) Dennoch sind wir davon überzeugt, und das hat auch Präsident Biden klar gemacht, dass der effektivste Weg, einen Zugang Irans zu Nuklearwaffen auszuschließen, die Diplomatie ist.“

Am 28. Februar lehnte Iran den Vorschlag der EU zu einem informellen Treffen der Mitglieder des Atomabkommens mit den USA ab. „Angesichts der jüngsten Handlungen und Erklärungen der USA und der drei europäischen Mächte hält Iran dies nicht für die Zeit, ein informelles Treffen mit diesen Ländern abzuhalten, wie es vom EU-Außenbeauftragten vorgeschlagen wurde“, sagte Außenamtssprecher Said Chatibadeh.

IAEA: IRAN PRODUZIERT URANMETALL

Rafael Grossi, Generalsekretär der Internationalen Atombehörde (IAEA), hat in einem geheimen Bericht die Mitglieder der Organisation darüber informiert, dass Iran am 6. Februar in der Forschungsabteilung seines Atomprogramms etwa drei Gramm Uranmetall entwickelt hat. Bereits im Januar hatte die Behörde bekannt gegeben, dass Iran mit der Herstellung von Uranmetall, das eine höhere Stufe des Brennstoffs für den Reaktor in Teheran bildet, in der Atomanlage in Isfahan begonnen habe.

Die Produktion des Uranmetalls kann einen weiteren Verstoß gegen das Atomabkommen darstellen. Der Agentur Reuters zufolge hat die IAEA bestätigt, dass Iran in der Atomanlage in Isfahan 3,6 Gramm Uranmetall produziert hat.

Der Forschungsreaktor in Teheran, den die USA vor zwei Jahrzehnten Iran zur Verfügung gestellt hatten, dient nach iranischer Darstellung medizinischen Zwecken. Kazem Gharibabadi, ständiger Botschafter Irans bei der IAEA, sagte, die Herstellung des Uranmetalls erfolge in drei Stufen. In der ersten Phase werde Uranmetall aus natürlichem Uran hergestellt. Die IAEA sei über alle drei Etappen informiert worden. „Inspektoren haben in der vergangenen Woche die Fabrik besichtigt“, sagte Gharibabadi.

Laut einer Meldung der Agentur Reuters vom 19. Februar hat die IAEA Insidern zufolge an zwei Orten in Iran, zu denen sie über Monate keinen Zugang hatte, Spuren von Uran entdeckt. Diese Orte hatte Iran nicht gemeldet, teilten vier Diplomaten der Agentur mit. Die Inspektionen seien monatelang blockiert worden. Allerdings hätten an diesen Orten seit Jahrzehnten keine Aktivitäten stattgefunden.

Am 23. Februar zeigte sich die IAEA laut einer Meldung der AFP „zutiefst besorgt“ über mögliches Atommaterial an einem nicht deklarierten Standort in Iran. Zudem sei inzwischen der Vorrat des Landes an schwach angereichertem Uran um mehr als das 14-fache der im Abkommen vorgesehenen Menge aufgestockt worden. Demnach verfüge Iran (Stand 16. Februar) über knapp 3.000 Kilo angereichertes Uran. Die erlaubte Menge liegt bei etwa 200 Kilo. Schließlich berichtete die IAEA laut Reuters am 24. Februar, Iran verfüge mittlerweile über 17,6 Kilo 20-prozentig angereichertes Uran. Laut dem Abkommen liegt die Anreicherungsgrenze bei 3,67 Prozent.

PARLAMENT LEHNT HAUSHALTSPLAN DER REGIERUNG AB

Eine überwiegende Mehrheit der Abgeordneten im islamischen Parlament hat am 2. Februar den Haushaltsplan der Regierung abgelehnt. Von 262 anwesenden Abgeordneten stimmten 99 für den Plan, 151 lehnten ihn ab, 12 Abgeordnete enthielten sich. Parlamentspräsident Mohammad Ghalibaf, der zu den entschiedensten Gegnern der Regierung gehört und als Nachfolger Präsident Rohanis gehandelt wird, hatte den Präsidenten in einem Schreiben gebeten, an der Haushaltsdebatte teilzunehmen. Doch Rohani blieb der Sitzung fern. Die Verteidigung des Plans übernahm der Chef der Planorganisation Mohammad Bagher Nobacht.

Zuvor hatte Rohani auf einer Kabinettsitzung gewarnt, eine Änderung der Grundzüge des Haushaltsplans würde schwere Folgen für die Versorgung der Bevölkerung haben und der Wirtschaft des Landes großen Schaden zufügen.

Den Gegnern der Regierung, die im Parlament die absolute Mehrheit bilden, geht es offensichtlich darum, die Exekutive für den Rest ihrer Amtszeit (bis Juni dieses Jahres) lahmzulegen. Allerdings hatte der von der Regierung vorgelegte Plan erhebliche Schwächen. Darauf machte auch zum Beispiel Ghalibaf aufmerksam. „Wir alle wissen, dass unser Erdölexport auf ein Mindestmaß geschrumpft ist“, sagte er gerichtet an die Regierung. „Und auch Sie bestätigen, dass wir schwere Zeiten durchmachen. Ich frage Sie, wie Sie unter diesen Umständen dazu kommen, Einnahmen aus dem Export von 2,3 Millionen Barrel Öl pro Tag vorzusehen.“

Der Abgeordnete Mohssen Sangeneh meinte, der Haushalt fördere die Inflation. Zudem warf er der Regierung vor, keine brauchbaren Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit geplant zu haben.

Am 16. Februar wurde den Abgeordneten eine korrigierte Fassung des Haushaltsplans vorgelegt, die dann die Zustimmung der Mehrheit fand. Parlamentspräsident Ghalibaf sagte, sieben Punkte des Plans seien korrigiert worden. Offenbar wurde auf Anordnung des Revolutionsführers Ali Chamenei hinter den Kulissen Einigkeit erzielt.

Der Haushalt hat nach wie vor Unsicherheiten, vor allem in Bezug auf Einnahmen. Niemand weiß, wie hoch die Einnahmen aus dem Öllexport im neuen Haushaltsjahr sein werden. Auch die geplanten langfristigen Investitionen sind nicht gesichert, da es im Juni einen Regierungswechsel geben wird. Es ist höchst fraglich, wie weit die neue Regierung, die, wie vermutet wird, aus den Reihen der Ultras und Konservativen kommen wird, gewillt sein wird, die Pläne der Vorgängerregierung fortzusetzen.

NEUER SATELLITENTRÄGER ERFOLGREICH GETESTET

Laut Angaben des Verteidigungsministeriums wird der neue Satellitenträger mit zwei verschiedenen Brennstoffen betrieben, in der ersten und zweiten Phase mit festem und in der dritten Phase mit flüssigem Brennstoff. Die Rakete „Soldschenah“ sei dazu in der Lage, einen bis zu 220 Kilogramm schweren Satelliten in eine Laufbahn von 500 Kilometern Höhe zu bringen, hieß es. Sie diene ausschließlich Forschungszwecken und habe keinerlei militärische Ziele, sagte Ahmad Hosseini, Sprecher der Abteilung Weltraum im Verteidigungsministerium.

Das iranische Raketenprogramm wird von den USA, der EU und nicht zuletzt von Israel und Saudi-Arabien heftig kritisiert. Demgegenüber behauptet Iran, die Raketen dienen der Verteidigung des Landes. Wie jedes Land habe auch Iran das Recht, sein Verteidigungspotential zu modernisieren und zu stärken. Daher sei Teheran nicht bereit, über sein Raketenprogramm und dessen mögliche Einschränkungen zu verhandeln.

AUSSENPOLITIK

Luftangriffe der USA gegen proiranische Stellungen in Syrien / Abgeordnete beantragen Bildung einer Militärallianz gegen Israel / Neue israelische Angriffe gegen syrische Stellungen / Israel gegen Rückkehr der USA zum Atomabkommen mit Iran / Malley zum neuen US-Sondergesandten für Iran ernannt / Schamchanis Lob für Taliban löst in Afghanistan heftige Kritik aus / Gute Zusammenarbeit mit ausländischen Geheimdiensten / Verbindung von Persischem Golf mit Schwarzem Meer / Iranischer Diplomat zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt / Zusammenarbeit zwischen Iran und Nordkorea / Internationaler Gerichtshof akzeptiert Klage Irans gegen die USA / Jemen-Sonderbeauftragter der UNO in Teheran / Ehemalige Gefangene in Iran bitten Biden um Hilfe / UN-Expertin hält Irans Darstellung des Flugzeugabschusses für manipuliert / Ein Deutscher und ein Franko-Iraner festgenommen

LUFTANGRIFFE DER USA GEGEN PROIRANISCHE STELLUNGEN IN SYRIEN

Bei einem Angriff der US-Luftwaffe auf proiranische Gruppen im Osten Syriens am 26. Februar wurden nach Angaben der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte mindestens 22 Milizen getötet, von denen die meisten Mitglieder der irakischen Miliz Kataib Hisbollah gewesen seien. Ziel des Angriffs sei ein Munitionstransport von Irak nach Syrien gewesen.

Den Angaben des US-Verteidigungsministeriums zufolge sollte der Angriff eine „verhältnismäßige“ Vergeltung des jüngsten Angriffs gegen US-Soldaten und ihre Verbündeten in Irak sein. Bei dem Angriff auf die Stadt Erbil im Norden Iraks wenige Tage zuvor war ein Amerikaner, ein ziviler Auftragnehmer, ums Leben gekommen. Washington machte proiranische Gruppen für den Angriff verantwortlich.

Der Luftangriff am 26. Februar war die erste militärische Aktion der USA nach der Amtsübernahme des neuen US-Präsidenten Joe Biden. Obwohl die neue US-Regierung nach eigenen Angaben gewillt ist, die Konflikte mit Iran auf diplomatischem Weg zu lösen, sollte offenbar der Angriff eine Warnung an Teheran sein und zeigen, dass Washington nötigenfalls auch bereit sei, militärisch gegen Iran vorzugehen.

ABGEORDNETE BEANTRAGEN BILDUNG EINER MILITÄRALLIANZ GEGEN ISRAEL

34 Abgeordnete haben am 30. Januar im Parlament einen Antrag gestellt, mit dem sie die Bildung einer Militärallianz gegen Israel forderten. „Der Entwurf für die Verteidigungs- und Sicherheitsallianz der Widerstandsfront wurde von 34 Abgeordneten zusammengestellt und soll nun in den parlamentarischen Ausschüssen beraten werden“, zitierte dpa den Abgeordneten Abolfasl Abutorabi am 30. Januar.

Die Allianz verschiedener Widerstandsgruppen solle im Falle eines israelischen Angriffs sofort militärische, logistische, wirtschaftliche und politische Gegenmaßnahmen treffen. Als Widerstandsgruppen werden jene Gruppen bezeichnet, die den israelischen Staat nicht anerkennen und für das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat kämpfen. Dazu zählen neben der Islamischen Republik auch Syrien, die libanesischen Hisbollah, Hamas und andere palästinensische Gruppen.

NEUE ISRAELISCHE ANGRIFFE GEGEN SYRISCHE STELLUNGEN

Laut der staatlichen Agentur Syriens, Sana, griff die israelische Luftwaffe am 4. Februar syrische Stellungen im Süden des Landes an. Dabei seien Sachschäden entstanden. Die meisten Raketen seien jedoch abgefangen worden, berichtete die Agentur. Zu dem Angriff gab es aus Israel keine Stellungnahme.

In der Provinz Kuneitra, die Ziel des Angriffs war, befinden sich neben syrischen auch iranische Stützpunkte. Die in Großbritannien ansässige Syrische Beobachtungsstelle erklärte, in den letzten Wochen seien mindestens 75 Menschen durch israelische Angriffe getötet worden. Israel hat immer wieder erklärt, es werde unter keinen Umständen zulassen, dass Iran als Militärmacht in Syrien Fuß fasst.

Indes erklärte der israelische Verteidigungsminister Benny Gantz in einem Interview mit einem ägyptischen Fernsehsender am 1. Februar, Israel habe ein klares Ziel. Es gelte zu verhindern, dass Iran in den Besitz von Nuklearwaffen gelangt. „Dieses Ziel dient nicht allein den Interessen Israels, sondern mehr denn je zuvor auch den Interessen der ganzen Welt und der Region.“ Der Minister drohte unmissverständlich mit einem Angriff auf iranische Atomanlagen. Bereits zuvor hatte Aviv Kochavi, Chef des israelischen Generalstabs, von Plänen zu einem Angriff auf iranische Atomanlagen gesprochen, eine Stellungnahme, die selbst in Israel kritisiert wurde. Die Kritiker meinten, solche Ankündigungen seien falsch, bevor über die Iranpolitik der neuen US-Regierung Klarheit herrsche. Zudem sollten sich Militärs bei so brisanten politischen Themen zurückhalten.

Auch Benny Gantz hatte Kochavi kritisiert und gesagt, solche Äußerungen gehörten hinter verschlossene Türen. Doch später lobte er den General, bezeichnete ihn als „vorbildlich“ und drohte selbst mit einem Angriff. Er sagte: „Für die israelischen Streitkräfte und das israelische Verteidigungssystem ist ein Angriff auf Irans Nuklearanlagen eine Option, die, wenn es nötig sein sollte, stattfinden wird. Ich hoffe, es wird nicht so weit kommen.“ Sollte Iran tatsächlich in den Besitz von Nuklearwaffen gelangen, werde es in der ganzen Region einen Wettlauf geben. Eine solche Entwicklung müsse unbedingt verhindert werden. Zudem forderte der Minister Maßnahmen, um die Unterstützung der libanesischen Hisbollah und der Huthis in Jemen durch Iran zu verhindern. Jeder Krieg werde von Raketenangriffen der Hisbollah und Hamas gegen israelische Zivilisten begleitet sein. Daher werde Israel letztendlich gezwungen sein, die Waffenlager dieser Gruppen, die sich in Wohngebieten befinden, zu bombardieren, sagte Gantz.

Das israelische Fernsehen berichtete am 2. Februar, Iran habe zur Vergeltung der Tötung von General Ghassem Soleimani seine Beauftragten nach Afrika geschickt, um auszuspähen, welche Botschaften sich für einen Anschlag eignen würden. General Soleimani, Oberkommandierender der Al-Kuds-Brigade, wurde Anfang Januar vergangenen Jahres auf Befehl des früheren US-Präsidenten Donald Trump in der Nähe des Bagdader Flughafens getötet.

Anfang Januar seien einige der Agenten festgenommen worden, berichtete das israelische Fernsehen. Der Bericht erfolgte wenige Tage nachdem in unmittelbarer Nähe der israelischen Botschaft in der indischen Hauptstadt Neu-Delhi ein Sprengstoff detoniert war. Die Botschaft blieb unbeschadet, nur einige Fahrzeuge wurden getroffen. In einem Brief an den israelischen Botschafter in englischer Sprache, der von einer Gruppe namens „Dscheich al Hend“ unterzeichnet war, wurde mit Hinweis auf den Tod von Soleimani und des iranischen Atomwissenschaftlers Mohssen Fachrisadeh „ein weit größerer Racheakt“ angekündigt. „Wir können jederzeit dein Leben beenden“, hieß es.

Die Syrische Beobachtungsstelle berichtete am 14. Februar, dass einige proiranische Milizorganisationen in Syrien bemüht seien, ihre Stützpunkte zu verlegen und zu tarnen, um von israelischen Angriffen verschont zu bleiben. Das gelte auch für ihre Waffenlager, die in nichtmilitärische Gebiete verlegt worden seien. Am 15. Februar berichtete die

Beobachtungsstelle von neuen israelischen Angriffen, bei denen mindestens neun syrische Kämpfer getötet worden seien.

Indes haben Russland, Iran und die Türkei Israel aufgefordert, seine Angriffe gegen Syrien einzustellen. In einer gemeinsamen Erklärung, die die Vertreter dieser Länder zum Abschluss eines zweitägigen Treffens in der russischen Stadt Sotschi veröffentlichten, heißt es, diese Angriffe seien ein Verstoß gegen das Völkerrecht. Zudem seien sie für die Sicherheit und Stabilität der gesamten Region eine Bedrohung.

Die drei Länder versuchen seit 2017, einen Friedensprozess in Syrien in Gang zu setzen. In Gesprächen, an denen unter der Leitung der UN Vertreter der Regierung, der Opposition und der Zivilgesellschaft teilnehmen, soll eine Verfassung ausgearbeitet werden und danach sollen freie Wahlen in Syrien stattfinden. Russland, Iran und die Türkei kritisierten Einmischungsversuche aus dem Ausland. Die Debatten sollten „vom Wunsch nach Kompromissen und konstruktiven Gesprächen und ohne von außen auferlegte Fristen“ geführt werden, hieß es in der Erklärung der drei Staaten.

ISRAEL GEGEN RÜCKKEHR DER USA ZUM ATOMABKOMMEN MIT IRAN

Israels ständiger Vertreter bei den Vereinten Nationen, Gilad Erdan, erklärte am 16. Februar, sollten die USA zum Atomabkommen mit Iran zurückkehren, werde Israel diese Strategie kaum unterstützen. „Wir können nicht Teil dieser Strategie sein“, betonte der Botschafter.

Diese Äußerung erfolgt zu einer Zeit, in der sich Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu in einer schweren Lage befindet. Er hat Probleme mit der Justiz und muss sich auf die Wahlen vorbereiten. Seine ablehnende Haltung gegen das Atomabkommen und für harte Sanktionen gegen Iran ist seit Jahren bekannt. Hinzu kommt sein ungeklärtes Verhältnis zu dem neuen US-Präsidenten. Anders als seine Beziehung zu dem früheren US-Präsidenten Donald Trump, mit dessen Nahostpolitik er völlig einig war, ist fraglich, ob er eine ebenso enge Beziehung zu Joe Biden herstellen kann. Immerhin hat Biden sich wochenlang Zeit gelassen, um den israelischen Präsidenten telefonisch zu kontaktieren.

„Wir denken, sollten die USA zu dem ursprünglichen Abkommen zurückkehren, werden alle Druckhebel gegen Iran zunichte gemacht werden“, sagte Erdan. Die israelische Führung sei grundsätzlich der Meinung, sollten die Sanktionen gegen Iran aufgehoben werden, werde Iran keine Neigung mehr zeigen, Einschränkungen seines Atomprogramms zu akzeptieren.

Indes nahm der israelische Außenminister Gabi Ashkenasi am 24. Februar zu den von Iran beschlossenen Einschränkungen der Kontrollen seiner Atomanlagen durch Inspektoren der IAEA Stellung. Diese Maßnahme sei eine „Bedrohung“, sagte er laut AFP vom 24. Februar. Sein Land werde niemals erlauben, dass Iran „über die Fähigkeit zur Herstellung von Nuklearwaffen verfügt“. Die von Teheran beschlossenen Maßnahmen deuteten darauf hin, dass Iran dies weiterhin heimlich versuche. Das werde Israel nicht unbeantwortet lassen.

MALLEY ZUM NEUEN US-SONDERGESANDTEN FÜR IRAN ERNANNT

Die neue US-Regierung hat den Nahostexperten Robert Malley zum Sonderbotschafter für Iran ernannt. Malley, der unter dem früheren Präsidenten Barack Obama an den Atomverhandlungen mit Iran beteiligt war, ist ein erfahrener Kenner der Region. Er war in der Regierungszeit Obamas Berater im Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) und Koordinator des Weißen Hauses für den Nahen Osten, Nordafrika und die Golfregion.

Malley und der neue Außenminister Antony Blinken sind seit ihrer Jugendzeit miteinander befreundet. Das US-Außenministerium zeigte sich überzeugt, dass Malley imstande sei, die Verhandlungen mit Iran erfolgreich zu führen.

SCHAMCHANIS LOB FÜR TALIBAN LÖST IN AFGHANISTAN HEFTIGE KRITIK AUS

Ali Schamchani, Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrats, hat mit seiner lobenden Äußerung über die Taliban in Afghanistan eine heftige Kritik ausgelöst. Er hatte nach einem Treffen mit Vertretern der Taliban Ende Januar in Teheran auf Twitter geschrieben: „Die Taliban sind entschlossen, den Kampf gegen die USA fortzusetzen. Ein Mann wie Mullah Abdolghani, der dreizehn Jahre lang in Guantanamo unter Folter gelitten hat, wird niemals den Kampf gegen die USA aufgeben.“

Der Journalist Mansur Sanfar twitterte: „Sie haben Recht, die Studenten, die in der Universität von Kabul getötet wurden, waren Amerikaner. (...) Es sind Amerikaner, die durch Minen getötet werden. All jene, die täglich in Afghanistan durch Anschläge getötet werden, sind Amerikaner!“

Momtas Wafai, ein User, schrieb auf Twitter, die Führung der Taliban habe unzweideutig erklärt, es gebe zwischen den Taliban und den USA einen „Kanal“, über den sich die US-Militärs mit den Taliban über politische und militärische Fragen austauschten. „Nun schreibt Herr Schamchani in seiner antiamerikanischen Phantasie, die Taliban seien zum Kampf gegen die USA entschlossen.“

Anwar Puja, ein anderer User, schrieb: „Sehr geehrter Herr Schamchani, glauben Sie nicht, dass sie, sollten die Taliban an die Macht kommen, mehr Wasser aus dem Hirmand bekommen würden. Sie werden nicht einmal das bekommen, was Sie heute erhalten. Es war ein Fehler, die Taliban zu unterstützen und ihnen zur Macht zu verhelfen.“

Der Berater des afghanischen Präsidenten, Schah Hossein Mortasawi, schrieb unter dem Titel „Die Auffassung unserer Nachbarn von den Taliban“: „Die Taliban unterzeichnen mit den USA ein Abkommen. Sie töten massenhaft afghanische Zivilisten und zerstören Einrichtungen. Seit einem Jahr hat es keinen Angriff der Taliban gegen die Amerikaner gegeben. Man sollte die Taliban für das Töten von Afghanen nicht loben.“

General Bassin Zia, Oberbefehlshaber der afghanischen Streitkräfte, schrieb, Schamchani habe eine falsche Auffassung von den Taliban. „Bedauerlicherweise haben Sie als Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrats Irans eine falsche Auffassung von dem Krieg in Afghanistan. Die Taliban kämpfen nicht gegen die USA, sie kämpfen gegen das afghanische Volk.“

GUTE ZUSAMMENARBEIT MIT AUSLÄNDISCHEN GEHEIMDIENSTEN

Der Chef der Informationsabteilung der Revolutionsgarden, Hossein Taleb, sagte am 10. Februar der Presse: „Um die Sicherheit unseres Landes gewährleisten zu können, pflegen wir gute Beziehungen zu den Geheimdiensten in der Region und auch international.“ Er betonte zugleich, dass iranische Geheimdienste ihre Aktivitäten gegen feindliche Netzwerke und Personen verstärkt hätten.

Zu welchen ausländischen Geheimdiensten gute Beziehungen bestehen, sagte Taleb nicht. Bekannt ist nur, dass Iran und Russland kürzlich ein entsprechendes Abkommen vereinbart haben.

„Iran befindet sich in einem Sicherheits- und Informationskrieg“, sagte Taleb weiter. Iran werde durch den Aufbau seiner Geheimdienste den Weg feindlicher Geheimdienste zur Einflussnahme in dem Land versperren.

Seit einem Jahr häufen sich in Iran Terror- und Brandanschläge, hinter denen ausländische Geheimdienste und Agenten vermutet werden. Vor allem die Brandanschläge in der Atomanlage Natans und in der Nähe von Teheran sowie die Terroranschläge gegen einen Führer von Al-Kaida und gegen den Atomwissenschaftler Mohssen Fachrisadeh veranlassten zu der Frage nach der Funktionsfähigkeit iranischer Sicherheitsdienste.

Talebs Äußerungen sollten wohl zur Beruhigung der Bevölkerung dienen, zumal kürzlich selbst der Geheimdienstminister, Mahmud Alawi, von eingeschleusten Spionen in die Streitkräfte gesprochen hatte (s. Seite 3/4).

VERBINDUNG VON PERSISCHEM GOLF MIT SCHWARZEM MEER

Bei einem Besuch in der autonomen Republik Nachitschewan erklärte Irans Außenminister Mohammad Dschawad Sarif: „Wir wollen den Persischen Golf mit dem Schwarzen Meer verbinden.“ Demnach soll „in einem internationalen Korridor der Persische Golf mit Russland und dem Schwarzen Meer verbunden werden.“

Sarif sagte, er habe bei seinen Gesprächen mit Vertretern Aserbaidschans, Russlands, Armeniens, Georgiens und der Türkei vereinbart, gemeinsam in der Region einen „Nord-Süd-Korridor sowie einen Süd-West-Korridor“ zu bauen. Dabei werde die Republik Nachitschewan eine wichtige Rolle spielen.

IRANISCHER DIPLOMAT ZU 20 JAHREN GEFÄNGNIS VERURTEILT

Ein Gericht in Belgien hat den iranischen Diplomaten Assadollah Assadi wegen Teilnahme an einem versuchten Terroranschlag zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Iran verurteilte dies. Die Verurteilung eines Diplomaten verstoße gegen das internationale Recht der Diplomaten auf Immunität, sagte der Sprecher des Teheraner Außenministeriums Said Chatibsadeh am 4. Februar. „Wir haben bereits zuvor darauf hingewiesen, dass wir den ganzen Vorgang, von der Festnahme bis zum Urteil, als illegal und als Verstoß gegen die Wiener Konvention von 1961 über diplomatische Beziehungen betrachten und daher das Urteil nicht akzeptieren.“ Iran behalte sich das Recht vor, alle möglichen Wege des Rechts und der Diplomatie zu gehen, um die Rechte von Assadi zu verteidigen und gegen jene Staaten, die gegen internationale Vereinbarungen verstoßen hätten, vorzugehen.

Das Gericht lehnte das Argument Irans und den Hinweis auf Immunität des Diplomaten mit der Begründung ab, Assadi habe als Diplomat nur in Österreich, wo er tätig gewesen sei, Immunität beanspruchen können. Er sei jedoch nicht in Österreich, sondern in Deutschland festgenommen worden.

Es war das erste Mal, dass ein iranischer Diplomat wegen terroristischer Aktivitäten in einem EU-Land verurteilt wurde, obwohl in den vergangenen Jahren gegen eine ganze Reihe iranischer Oppositioneller Terroranschläge verübt wurden, bei denen es Indizien gab, die auf eine Mittäterschaft des iranischen Staates und dessen Vertretungen im Ausland hinwiesen.

Nach Einschätzung westlicher Geheimdienste ist Assadi ein Angestellter des iranischen Geheimdienstes, der unter dem Deckmantel eines Diplomaten terroristische Aktivitäten in Europa organisierte.

Assadi war bei der Gerichtsverhandlung und der Urteilsverkündung nicht anwesend. Er wurde 2018 bei der Vorbereitung eines Attentats auf eine Versammlung der iranischen Volksmodschahedin in Paris in Deutschland verhaftet. In seinem Wagen wurden unter anderem zwei Notizbücher gefunden, in denen die Namen zahlreicher Mitarbeiter und Summen von Geldern vermerkt sind, die offenbar an Mitarbeiter gezahlt wurden. Zudem wurden Pläne zur Herstellung von Sprengstoff sichergestellt. Aus den Notizen geht weiterhin hervor, dass Assadi Reisen in fast ganz Europa unternommen hatte. Die Bundesrepublik hatte Assadi an Belgien ausgeliefert.

Gleichzeitig mit Assadi wurde ein Ehepaar in Belgien festgenommen, in dessen Auto Sprengstoff sichergestellt wurde. Das Ehepaar befand sich offenbar auf dem Weg nach Paris, wo der Anschlag verübt werden sollte. Das Gericht in Antwerpen verurteilte das Ehepaar zu 18 Jahren Gefängnis. Außerdem wurde ihm die belgische Staatsbürgerschaft aberkannt.

Der Vierte im Bunde, Mehrdad Arefi, ein früheres Mitglied der Volksmodschahedin, der mit Assadi verwandt ist, wurde mit 15 Jahren Gefängnis und Aberkennung seiner belgischen Staatsbürgerschaft bestraft.

Nach der Verurteilung des Diplomaten Assadi bestellte das Teheraner Außenministerium am 9. Februar den belgischen Botschafter ein. Der für Europa zuständige Staatssekretär überreichte ihm ein Protestschreiben gegen das Urteil. Der Einfluss der Volksmodschahedin auf den Prozess sei unübersehbar, sagte er.

Einen Tag zuvor hatte Außenminister Mohammad Dschawad Sarif erklärt: „Wir sind dabei, auf diplomatischem Weg und durch Gespräche mit Sicherheitsdiensten eine Lösung zu finden, um Assadi in die Heimat zurückbringen zu können.“

ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN IRAN UND NORDKOREA

Einem von Experten erstellten Bericht der Vereinten Nationen zufolge hat Iran 2020 seine Zusammenarbeit mit Nordkorea bei der Entwicklung von Langstreckenraketen wieder aufgenommen. Der Bericht, den die AFP einsehen konnte, spricht von der Lieferung „wesentlicher Bauteile“ der Raketentechnologie. Die letzten Lieferungen hätten 2020 stattgefunden, heißt es.

Auch Bloomberg berichtet, UN-Experten hätten Informationen bekommen, die darauf hinweisen, dass Iran im „Forschungszentrum Schahid Hadsch Ali Mowahed“ bei der Entwicklung von Satellitenträgerraketen die Hilfe nordkoreanischer Experten in Anspruch genommen habe. Allerdings bestreitet Iran dem Bericht nach jede Kooperation mit Nordkorea bei der Entwicklung seines Raketenprogramms.

Aus Berichten der vergangenen Jahre geht hervor, dass Iran und Nordkorea kontinuierlich über einen Nachbarstaat Material ausgetauscht haben. Nach Meinung von UN-Diplomaten ist mit dem Nachbarstaat China gemeint. Bereits vor zehn Jahren berichteten Medien von einem geheimen Dokument, in dem von einem technischen Austausch zwischen Teheran und Pjöngjang zur Herstellung von Kontinentalraketen die Rede ist. Hier wurde China ausdrücklich als Drittstaat genannt, über den der Austausch erfolgte.

INTERNATIONALER GERICHTSHOF AKZEPTIERT KLAGE IRANS GEGEN DIE USA

Der Internationale Gerichtshof in Den Haag hat am 3. Februar den Antrag der USA wegen Nichtzuständigkeit des Gerichts zurückgewiesen und der Klage Irans stattgegeben. Der Vorsitzende Richter Abdulqawi Ahmed Yusuf erklärte, das Gericht habe „die Zuständigkeit, sich mit der von der Islamischen Republik Iran eingereichten Klage zu befassen“. Die

Klage richtet sich gegen die von den USA gegen Iran verhängten Sanktionen, Maßnahmen, die nach iranischer Darstellung gegen einen Freundschaftsvertrag zwischen den beiden Staaten von 1955 verstoßen.

Die US-Regierung zeigte sich „enttäuscht“. Ned Price, Sprecher des Außenministeriums, sagte laut AFP: „Ich würde sagen, dass wir großen Respekt vor dem Internationalen Gerichtshof haben, aber darüber enttäuscht sind, dass das Gericht unsere wohlbegründeten Argumente nicht akzeptiert hat, dass die von Iran eingebrachte Klage nicht in seine Zuständigkeit fällt.“

Irans Außenminister Mohammad Dschawad Sarif begrüßte die Stellungnahme des Gerichts und sprach von einem „weiteren juristischen Sieg für Iran“. Das Gericht habe alle Argumente der USA zurückgewiesen, sagte Sarif.

Die USA hatten zuvor behauptet, Iran habe mit der Klage die Absicht, den Internationalen Gerichtshof zu missbrauchen und den Konflikt über sein Atomprogramm von diesem Tribunal behandeln zu lassen.

Das Gericht wird sich nun mit den Argumenten Irans befassen, um festzustellen, ob die US-Sanktionen gegen Iran illegal waren. Ein Urteil wird in den nächsten Monaten erwartet.

JEMEN-SONDERBEAUFTRAGTER DER UNO IN TEHERAN

Mit dem Regierungswechsel in Washington scheinen die seit zwei Jahren andauernden, bislang vergeblichen Friedensbemühungen in Jemen neuen Schwung zu erhalten. Der neue US-Präsident Joe Biden hat angekündigt, die USA würden ihre Unterstützung für die Koalition unter der Führung Saudi-Arabiens einstellen. Auch die Waffenlieferungen an Saudi-Arabien sollen eingestellt werden. Zudem wollen die USA die Huthi-Rebellen aus der Liste terroristischer Organisationen streichen und versuchen, auf diplomatischem Weg ein Friedensabkommen mit ihnen zu erreichen.

Vor diesem Hintergrund sahen die Vereinten Nationen eine Chance, den seit Jahren andauernden Krieg in Jemen, der dem Land viel Elend gebracht hat, zu beenden. Am 8. Februar begab sich der UN-Sonderbotschafter für Jemen, Martin Griffiths, zu Gesprächen nach Teheran. Es war sein erster Besuch in Iran. Iran begrüßte die Friedensbemühungen. „Wir begrüßen und unterstützen alle Bemühungen der UN, die zu einer effektiven Lösung in Jemen führen könnten“, sagte Außenminister Mohammad Dschawad Sarif beim Treffen mit Griffiths. Krieg könne keine Lösung bringen.

Iran unterstützt die Huthis, die heute mit rund 200.000 aktiven Kämpfern die stärkste Kraft in Jemen bilden. Said Chatibsadeh, Sprecher des Teheraner Außenministeriums, begrüßte auch den „Kurswechsel“ Washingtons, den er als „einen Schritt in die richtige Richtung“ bezeichnete. Er fügte jedoch hinzu: „Wenn das nicht wieder ein politisches Manöver ist.“ Wichtig sei es, dass die USA an der Ankündigung festhalten, die „Kriegskoalition“ nicht mehr zu unterstützen und keine Waffen mehr an Saudi-Arabien zu liefern.

Griffiths legte Iran einen Plan vor, der einen sofortigen Waffenstillstand, humanitäre Hilfe für die Bevölkerung, einen innerjemenitischen Dialog zwischen den Parteien und schließlich demokratische Wahlen vorsieht.

Teheran hat stets bestritten, die Huthis militärisch oder finanziell zu unterstützen. Zahlreiche Indizien deuten jedoch auf das Gegenteil. Die Saudis behaupten unter anderem, dass die Raketen, mit denen sie aus Jemen angegriffen wurden, aus Iran stammen.

EHEMALIGE GEFANGENE IN IRAN BITTEN BIDEN UM HILFE

Einige ehemalige amerikanische Gefangene in Iran forderten den neu gewählten amerikanischen Präsidenten auf, bei möglichen Verhandlungen mit Iran auch die Freilassung der Amerikaner und Iraner mit amerikanischer Staatsbürgerschaft, die sich in iranischer Haft befinden, zu fordern. Zu den Teilnehmenden der hierfür veranstalteten Sitzung im Nationalen Presseklub gehörten unter anderem der US-Diplomat Barry Rosen, der bei der Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran unter den Geiseln war, der libanesische Staatsbürger Nizar Zakka, der vier Jahre in iranischer Haft verbracht hatte, und der chinesische Wissenschaftler Jian Wang, der unter dem Vorwurf der Spionage zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt worden war, später jedoch durch einen Gefangenen austausch freigelassen wurde.

Zakka sagte, die Geiselnahme (Gefangennahme) europäischer und amerikanischer Staatsbürger sei eine „Methode des Handels“ und Teil der Außenpolitik der iranischen Staatsführung. Die iranischen Revolutionsgarden und Geheimdienste benutzten diese Methode für Einflussnahme im Westen. Zakka hat nach seiner Freilassung mehrere Interviews zur Lage der Doppelstaatler in iranischen Gefängnissen gegeben.

Barry Rosen sagte, es sei vielleicht zu viel von der neuen US-Regierung verlangt, über Gefangene in iranischen Gefängnissen mit der iranischen Staatsführung Gespräche zu führen. Doch die Vereinigten Staaten hätten die Pflicht, die Frage der Menschenrechte zu einem Bestandteil ihrer Außenpolitik zu machen.

Wang meinte, es sei nicht klug, darauf zu warten, dass die Islamische Republik ihr Verhalten ändert. Mit Iran könne man nicht klarkommen.

Im vergangenen November hatte der iranische Vizejustizchef Ali Bagheri Kani, zuständig für Menschenrechte, dem deutschen Botschafter in Teheran, Hans-Udo Muzel, mitgeteilt, in den vergangenen vier Jahrzehnten seien rund 40 Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft in Iran bestraft worden. Menschenrechtsorganisationen halten diese Angabe für falsch. Allein im Juli vergangenen Jahres befanden sich 46 Gefangene mit doppelter Staatsbürgerschaft in den iranischen Gefängnissen.

Die Gefangennahme von Ausländern und Iranern mit doppelter Staatsbürgerschaft hat in den vergangenen zehn Jahren stark zugenommen. Einige sind durch Gefangenen austausch freigekommen, andere verbüßen weiterhin ihre Strafe. Der größte Gefangenen austausch erfolgte 2015 im Zuge des Atomabkommens. Damals wurden Iraner, die sich in amerikanischer Haft befanden, gegen amerikanische Gefangene in Iran ausgetauscht. Einige freigelassene Iraner kehrten nicht nach Iran zurück.

Iran erkennt die doppelte Staatsbürgerschaft nicht an. Ausländer und Doppelstaatler werden festgenommen und verurteilt, um im Rahmen eines Gefangenen austauschs iranische Gefangene im Ausland freizubekommen oder um sie zur Durchsetzung politischer Forderungen zu instrumentalisieren. Die Vorwürfe sind zumeist dieselben: „Zusammenarbeit mit ausländischen Geheimdiensten“, „Preisgabe von Staatsgeheimnissen“ oder „Spionage“. Dabei werden oft die Betroffenen durch Folter zu falschen Geständnissen gezwungen.

UN-EXPERTIN HÄLT IRANS DARSTELLUNG DES FLUGZEUGABSCHUSSES FÜR MANIPULIERT

Agnès Callamard, UN-Expertin für außerordentliche Hinrichtungen, erklärte am 23. Februar, Iran versuche die Vorgänge beim Abschuss der ukrainischen Passagiermaschine am 8. Januar vergangenen Jahres zu manipulieren. „Die Ungereimtheiten in den offiziellen Erklärungen scheinen darauf angelegt zu sein, ein Maximum an Verwirrung und ein

Minimum an Klarheit zu schaffen“, sagte sie in Genf. Die Expertin hatte vor zwei Monaten auf 45 Seiten eine Liste von Fragen an die iranische Regierung geschickt, die ohne Antwort blieben. Sie habe den Eindruck, dass inzwischen einiges an Beweismaterial und Dokumenten, die mit dem Ereignis zusammenhängen, vernichtet worden seien.

Ihr Bericht, den sie an den UN-Iranbeauftragten geschickt hatte, musste drei Monate lang geheim bleiben. Nun konnte sie ihn veröffentlichen.

Nach dem Abschuss der Maschine hatten die iranischen Streitkräfte drei Tage lang geschwiegen. Danach erklärten sie, es habe sich um einen „unbeabsichtigten menschlichen Fehler“ gehandelt. Die Raketen seien aus Versehen auf das Passagierflugzeug geschossen worden.

Callamard sagte, die Iraner haben noch nicht einmal logisch nachweisen können, dass der Abschuss nicht beabsichtigt gewesen sei. Zugleich betonte sie, dass sie kein Dokument gefunden habe, das auf einen vorbereiteten Plan zum Abschuss der Maschine hinweise. Der kanadische Nachrichtensender CBC berichtete, die kanadische Regierung sei dabei, ein Tonband zu untersuchen, auf dem eine Person, bei der es sich vermutlich um Irans Außenminister Mohammad Dschawad Sarif handelt, über einen beabsichtigten Abschuss der Maschine diskutiert. Die Person sagt: „Es gibt tausend Gründe für den Abschuss der Maschine: eine geplante Aktion von zwei, drei Spionen oder Manipulierung der Radaranlage.“ Dann sagte sie: „So etwas kann man überhaupt nicht ausschließen.“

Sarif schrieb auf Twitter, es handele sich bei dem Tonband um eine Fälschung. Und der Sprecher seines Ministeriums, Said Chatibsadeh, sagte, die Aufnahme habe keine Relevanz. Er forderte Kanada auf, „solche Machenschaften und die Verbreitung von Gerüchten zu unterlassen, die das Leid der Hinterbliebenen Tag für Tag erfrischen“.

CBC berichtete, die Person auf dem Tonband erwähne Russland, ein Land, dem vorgeworfen werde, die malaysische Maschine abgeschossen zu haben. Doch Russland habe dies nie zugegeben. Iran werde Entschädigungen zahlen, um das Thema zu den Akten zu legen. Der Sonderbeauftragte des kanadischen Premierministers Justin Trudeau für den Flugzeugabsturz sagte, das Tonband enthalte sensible Informationen. Er könne Einzelheiten aber nicht öffentlich machen, weil er dadurch das Leben einiger Menschen gefährden würde. Aber die Regierung werde ganz sorgfältig alles prüfen. Kanada schließt einen beabsichtigten Abschuss der Maschine nicht aus.

EIN DEUTSCHER UND EIN FRANKO-IRANER FESTGENOMMEN

Einem Bericht der französischen Tageszeitung Le Figaro vom 19. Februar zufolge wurden ein Deutscher und ein Iraner mit französischer Staatsangehörigkeit in Iran festgenommen. Die Zeitung machte keine Quellenangaben. Sie vermutet, die Festnahme könnte mit dem Urteil gegen einen iranischen Diplomaten in Belgien in Zusammenhang stehen. Der iranische Diplomat Assadollah Assadi wurde am 4. Februar von einem Gericht in Antwerpen zu 20 Jahren Haft verurteilt (s. Seite 23/24).